

**KLIMASOLIDARITÄT
DURCH
GRUNDEINKOMMEN**

EINFÜHRUNG

„Die Klimakatastrophe ist chaotisch. Sie wird die Form zunehmend schlimmer Krisen annehmen, die auf wüste Weise kumulieren, bis die Zivilisation sich aufzulösen beginnt“. So lautet die Zukunftssicht des weltbekannten Bestsellerautors Jonathan Franzen. (FUSSNOTE I: Jonathan Franzen, WANN HÖREN WIR AUF; UNS ETWAS VORZUMACHEN? Hamburg 2020, Rowohlt Verlag). Hierfür erntete er von der wie er sie nennt „Klima-Community“ heftigste Kritik. Aber: Von nicht wenigen seiner Leser erhielt er sogar Zuspruch. Letztere empfanden seinen illusionslosen Pessimismus als befreiend nach dem Motto „gegen dominierendes Unvermögen helfen nur wenige auch mit den besten Vorsätzen nichts“. Ist an seinen Thesen etwas dran? Waren und bleiben wir samt den uns Regierenden tatsächlich unfähig, noch rechtzeitig notwendige CO₂- Reduzierungen für eine Zivilisationsrettung auf den Weg zu bringen? Weil wir die apokalyptischen Risiken des Klimawandels lieber verdrängen anstatt mutig und entschlossen dagegen vor zu gehen.

Als Gegenthese ließe sich das überraschend entschlossene Politikhandeln zur Bewältigung der Corona –Pandemie ins Feld führen. Warum kann dieses nicht als Blaupause auch zur Abwendung der Umweltapokalypse dienen? Und überhaupt: Gibt es nicht auch das Geo-Engineering, mit dem man den CO₂ – Anstieg schon dadurch unschädlich machen könnte, indem wir dieses atmosphärische Problem auf Dauer in tiefergelegene Erdschichten verbannt?

Wer realistische Antworten auf all diese Fragen finden will, der ist neben einer gründlichen Recherche vor allem auf Folgendes angewiesen:

- (1) Die ständige Schärfung des eigenen Wirklichkeitssinns mittels kompromissloser Wahrheitssuche;
- (2) Die Überwindung jedweden (verdeckten) Wunschdenkens;
- (3) Das unvoreingenommene Hineinversetzen in und die wirkungsgerechte Verdichtung der vorgenannten Problematik. Dies in der Fragefolge: Worin Urständen die Probleme? Wie sieht deren aktuelles Lagebild im Kern aus? Wodurch und wie können perspektivische Problemlösungen gelingen?

Mein so strukturierter Klärungsversuch führte mich sehr bald zu der Einsicht, dass der Problemlösungsschlüssel für die Überwindung der Klimakrise in der sofortigen Einführung des in Kapitel drei vorgestellten, klimasolidarischen Grundeinkommens liegt. Erst mit dessen Einführung sind überhaupt wirksame Schritte in Richtung einer nachhaltigen Umweltpolitik möglich. Denn: Für eine derartige Klimapolitik können Bevölkerungsmehrheiten nur durch eine positive Erzählung gewonnen werden. Und: Emotional positiv wirkt nur eine als seriös empfundene Erzählung, von der sich Bevölkerungsmehrheiten eine klimasolidarische Absicherung und zugleich Verbesserung ihres sozialen Status versprechen können. Ohne ein solches Versprechen versandet jede Art von Umweltpolitik schon wegen sozialer Unzumutbarkeit von wirklich wirksamen CO-2 Reduzierung im flickschusterhaften Klein-Klein. Davor kann uns deshalb nur der in Kapitel vier ausgeführte, klimasolidarische Systemwandel bewahren. Für den diesem zu Grunde gelegten großen Plan auf der Basis eines klimasolidarischen Grundeinkommens soll dieses Buch als Weckruf werben. Darüber hinaus sollen auch Netzwerke und Bewegungen bei deren Versuch einer Abwendung der drohenden Zivilisations- und Klimakatastrophen unterstützt werden. Ferner mögen auch die dieser Thematik zugewandten Internetexperten Anregungen und Bausteine für mediale Aktionen Richtung Zivilgesellschaft, Parteien und veröffentlichter Meinung finden.

Zudem habe ich nicht zuletzt für den sozialpolitisch und historisch interessierten Leser versucht, das Entstehen der obigen Problematik aus der geschichtlichen Perspektive anhaltender Kultur- und Geisteskämpfe durchschaubarer zu machen. Derartige Auseinandersetzungen haben seit nahezu zweihundertfünfzig Jahren ihren wesentlichsten Ursprung in zwei sich bekämpfende Polaritäten. Eine dieser Polaritäten entspringt den in der Großen Französischen Revolution errungenen Idealen und deren epochalen Folgewirkungen. Gemeint ist damit nicht nur das Menschenrecht auf Freiheit und Gleichheit. Sondern insbesondere auch das auf Brüderlichkeit, welche ich im Ersten Kapitel als Gesellschaftssolidarität bezeichne. Sie bildet die Basis für die daraus abgeleitete und als Kernanliegen dieses Buches begründete Klimasolidarität. Diese Polarität möchte ich als „Lichten Pol“ bezeichnen.

Dem „Lichten Pol“ steht –wie kann es auch anders sein – ein „Dunkler Pol“ gegenüber. Der „Dunkle Pol“ herrscht vor allem durch eine von Egoismus getriebene Plutokratisierung nebst der Herabstufung aller unselbständig Beschäftigten zu einer

handelbaren Ware. Letzteres geschieht über so genannte „Arbeitsmärkte“. Über diese wechseln oftmals ganze Belegschaften im Wege von Unternehmens(ver)käufen ihren „Arbeitskraft-Besitzer“. So werden nicht selten über einen einzigen Konzern-Verkaufsvertrag Hunderttausende von abhängig Beschäftigten als „Dienstverpflichtete“ an einen neuen „Dienstherren“ verkauft. Das Credo dieses so ausgerichteten „Dunklen Pols“ lautet stets: Ewiges Wirtschaftswachstum bei konsequenter Renditemaximierung (Investor-Value). Verkürzt auf den Punkt gebracht: Erst die Wirtschaft –dann der Mensch mit seinen Idealen.

Eine erste wirkungsmächtige Vorlage für das Entstehen dieses dunklen Pols stiftete 1776 Adam Smith mit seinem Mythos von der „unsichtbaren Hand des Marktes“. Diese solle angeblich sogar den krassesten Egoismus ohne staatliche Eingriffe zum Wohle aller verwandeln. Diese Plutokratie fördernde Erzählung befeuerte maßgeblich die Entstehung des so genannten Manchester Kapitalismus. Der führte während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England und danach auch in Frankreich und anderen Ländern zu oftmals gnadenlosen Ausbeutungen breiter Bevölkerungsschichten. Das entzündete zunächst in England und sodann auch im übrigen Europa einen mehr oder weniger offen ausgetragenen Kampf zwischen dem plutokratischem Profitsterben des dunklen Pols einerseits und den aus dem Vermächtnis der Revolution nach Gesellschaftssolidarität strebenden Kräften des lichten Pols andererseits. Zwischen beiden Polen wiederum agitierte im neuzehnten Jahrhundert Karl Marx und mit ihm Millionen seiner Anhänger für eine Diktatur des Proletariats. Denn: Das Marxsche Philosophieverständnis mit seinem daraus abgeleiteten „wahren Kommunismus“ richtet sich nicht nur gegen den auch von ihm so genannten „dunklen (Pol des) Kapitalismus“. Vielmehr unterließ er auch jedwedes Eintreten für den lichten Pol, soweit dieser aus dem ideellen Dreiklang von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit urständet. Für ihn waren Menschen offensichtlich nur abstrakte Gattungswesen. Deren individuelle Freiheit auf der Grundlage zukunftsweisender Systeme lag nicht in seinem Focus.

Eine erste Aufbruchsstimmung für den Lichten Pol als Ganzheit entstand in Deutschland erst nach dessen vernichtender Niederlage unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Repräsentativ dafür ist die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung sowie die Gründung des Bauhauses in 1919 und nicht zuletzt die in demselben Jahr aus der Betriebsrätebewegung hervorgegangene

Dreigliederungsbewegung. Diese strebte durch Novation des französischen Revolutionsvermöchtnisses ein selbstloseres Sozialsystem mit emanzipatorischer Wirtschaftsverfassung sowie ein freies Geistesleben an. Deren tragisches Scheitern hatte nicht nur verheerende Folgen für die von da an programmatisch ausblutende SPD und USPD. Vielmehr auch für die Weimarer Republik insgesamt, deren Sterbeglocke alsbald mit Unterstützung Schwerindustrieller Plutokraten durch den Komplott von Reichspräsident Hindenburg gegen die SPD in 1928 einläutet wurde. Das geschah zunächst über die Inthronisierung von Reichskanzler Brüning, der treuherzig nach neoliberalen Drehbuch der damaligen Weltwirtschaftskrise mit einem extrem unqualifizierten und geradezu wirtschaftsvernichtenden Sparkurs begegnete. Die Folge waren mehr als sechs Millionen (offizielle) Arbeitslose mit der Konsequenz einer ab 1933 von den Nationalsozialisten orchestrierten Höllenfahrt zunächst für Deutschland und sodann auch weite Teile von Mittel- und Osteuropas. Zumindest für diese Regionen schien der Dunkle Pol von da ab einen vollständigen Sieg errungen zu haben.

Gut vier Jahre nach dem Untergang des Deutschen Reiches erlebte der Helle Pol in erstaunlich kurzer Zeit eine Art Wiederauferstehung. Dies geschah als Geschenk der westlichen Siegermächte zunächst am sichtbarsten durch Artikel 1 des Grundgesetzes mit dem dort prominent betonten, einklagbaren Recht auf Menschenwürde. Diese durchaus epochale Errungenschaft reichte jedoch keinesfalls für eine nachhaltige Einhegung des Dunklen Pols aus. Vielmehr reüssierte Letzterer sowohl in der BRD als auch nahezu weltweit durch das Hamsterrad einer profitgetriebenen Wachstumsgesellschaft. Dabei wäre es auf Grund unserer extrem fortgeschrittenen Arbeitsproduktivität zumindest ab Beginn dieses Jahrtausends ein Leichtes gewesen, aus diesem Hamsterrad aus zu steigen. Zum Beispiel auch durch eine erhebliche Herabsetzung der durchschnittlichen Erwerbs-Arbeitszeit. Dies hatte ja schon der berühmte Ökonom J.M.Keynes für das Jahr 2030 mit ab dann weniger als 25 Wochenstunden für wünschenswert erachtet. Jedoch. Solche Art von Paradigma Wechsel erstickte der sich als Motor des dunklen Pols immer stärker etablierende Neoliberalismus schon im Keim.

Immerhin beginnt seit wenigen Jahren eine immer breitere Öffentlichkeit die katastrophalen Umweltschädigungen eines von Egoismus getriebenen Hamsterrades kritischer wahr zu nehmen. Insbesondere durch Friday for Future erkannten sogar

einige der bis dahin überwiegend schlafwandelnden Politiker, dass es so wie bisher mit dem ungebremsten Hamsterrad und dessen Ressourcenausbeutung samt CO-2 Immissionen nicht weitergehen kann. Genauso wenig wie mit der nahezu alle demokratischen Gesellschaften destabilisierenden Sozialerosion in Folge wachsender Verteilungsungleichheiten. Gegen all dies hilft nur ein wesentlich wirkungsmächtigerer Lichter Pol, wie dies viele Klimaforscher wie auch Schellen Huber immer wieder betonen: "Um diese Klimakrise (wirksam) zu bekämpfen muss die Weltgemeinschaft eine noch nie dagewesene Solidarität beweisen „.

Den Grundbaustein für die danach notwendige Solidarität kann nur das eingangs angesprochene, klimasolidarische Grundeinkommen darstellen. Ohne ein solches –so versuche ich dies in den Kapiteln drei und vier ausführlich zu begründen - ist der zur Abwendung der drohenden Klimakatastrophe notwendige Systemwandel nicht möglich. Das Klimasolidarische Grundeinkommen bedarf zudem der Einbettung in eine verschuldungsunabhängige Geldpolitik samt dem in Kapitel 4 beschriebenen, klimasolidarischen Handlungspaket. Leider fehlt selbst den GRÜNEN schon der Mut zur Einforderung eines vergleichbaren Handlungspakets. Sie versuchen bisher dem dunkelpoligen Kapitalismusproblem durch wenig konkrete und dafür umso eleganter formulierte Slogans wie dem abstrakten Mantram von der „Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch“ ohne die dafür notwendige sozialpolitische Fundierung aus zu weichen.

Dies alles konfrontiert uns keinesfalls nur mit einem unsere Gesellschaft paralysierenden Erkenntnis-, Willens- und zugleich Fortschrittsproblem. Vielmehr zusätzlich mit einem Zeitproblem. Denn die sich stets dramatischer aufheizende Atmosphäre fragt nicht danach, ob die Menschheit mit einer handlungsfähigen Mehrheit gegen die Gefahren der drohenden Umweltapokalypse wirksame Gegensteuerungen veranlasst oder nicht. Welche Gefahren sich daraus ergeben können, versucht der IPCC über so genannte „Kipping – Points “zu verorten. Würden diese überschritten, so wäre ein klimaverursachter Zerfall unserer heutigen Zivilisation nicht mehr auf zu halten. Das Überschreiten solcher Kipping-Points sei laut IPCC nur dann (noch) mit signifikanter Wahrscheinlichkeit verhinderbar, wenn es der Weltgemeinschaft gelänge, die 2017 beim Klimagipfel in Paris beschlossenen, maximal tolerierbaren Temperaturanstiegsziele ein zu halten. Danach soll ein

weltweiter Durchschnittstemperaturanstieg über 1,5 Grad Celsius hinaus auf jeden Fall verhindert werden.

Das Problem dieser äußerst ehrgeizigen Forderung des IPCC ist jedoch: Nach seine jüngsten Klimaprognosen lässt sich dieses magische 1,5 Grad – Ziel nur mit unterstützenden Maßnahmen bis hin zum Geo-Engineering noch erreichen. Was im Umkehrschluss bedeutet: CO-2 Immissionsminderungen mögen sogar alles bisher Erreichte bei weitem übertreffen. Dennoch würde das allein nicht mehr zur Einhaltung des 1,5 Grad –Temperaturanstiegszieles ausreichen .Was im Klartext bedeutet: Der IPCC veröffentlicht Prognoserechnungen auch nach politischer Opportunität. Er will verhindern, wie mir auch IPCC nahe Klimaforscher in persönlichen Gesprächen bestätigten, dass Politik und Bevölkerung durch zu negative Klimaprognosen die Hoffnung auf eine noch mögliche Umweltrettung weitgehend verlieren.

Dass jedwede nachhaltige Umweltpolitik eine positive Erzählung erfordert habe ich schon Eingangs betont. Nur sollte das nicht zu Lasten eines konsequenten Wahrheitsbemühens geschehen und zugleich auch für Wissenschaftslaien transparent sein. Das leicht zu überlesende Anfügen von Hinweisen auf nicht erprobtes Geo-Engineering ist weder für die breite Weltöffentlichkeit noch für die adressierte Politikermehrheit transparent geschweige denn in seiner Bedeutung überschaubar. Der IPCC braucht also dringend mehr wirtschaftswissenschaftliche Unterstützung für transparente und dennoch positiv fundierte Prognosen. Dazu möge dieses Buch beitragen.

Wilstedt, im Januar 2021

Brüne Schloen

1. UNERFÜLLTES REVOLUTIONSVERMÄCHTNIS

1.1. Solidarität überlagernder Marktmythos

- 1.2. **Kapitalexpansion und Klassenkampfgitation**
- 1.3. **Dreigliederungsbewegung für sozialen Organismus**
- 1.4. **Nach Höllenfahrten auferstandene Menschenwürde**
- 1.5. **Neoliberale Solidaritätsverdrängung**

2. APOKALYPTISCHE KLIMARISIKEN

- 2.1. **Umweltzerstörungen im Wissenschaftsfocus**
- 2.2. **Grenzen optimismuswahrender Klimaprognosen**
- 2.3. **Katastrophenszenarien und Apokalypsebewußtsein**
- 2.4. **Voraussetzungen rechtzeitiger Zivilisationsrettung**
- 2.5. **Alternativen zu hasenfüßiger Klimapolitik**

3. PROBLEMLÖSUNGSSCHLÜSSEL GRUNDEINKOMMEN

- 3.1. **Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als Basisidee**
- 3.2. **Standards und Versicherungsarchitektur des klimasolidarischen BGE**
- 3.3. **Berechnung der Gesamtzuwendungen**
- 3.4. **Umwidmung und Einsparungen beim Sozialbudget**
- 3.5. **Ergebnisüberblick zur klimasolidarischen Gesamtfinanzierung**
- 3.6. **Einkommensteuerreform nach Leistungsfähigkeit**
- 3.7. **Wiederbelebung der Erbschaftssteuer**
- 3.8. **CO-2- Konsum- und Finanztransaktionssteuer**
- 3.9. **Solidaritäts- und Selbstbestimmungseffizienz des Gesamtplans**

3.10. Jenseits aller Totschlagargumente

3.11. Impulse für EU - Zusammenhalt

4. SOLIDARITÄTSGETRAGENER SYSTEMWANDEL

4.1. Wirtschaftsethik gegen Ökonomismus

4.2. Geldwesen für solidaritätssichernde Nachhaltigkeit

4.3. Schnüren eines klimasolidarischen Handlungspakets

4.4. Klimasolidarität und Apokalypse

4.5. Netzwerkbildungen für ökosystemisches Handeln

4.6. Bewegungen zur Zivilisationsrettung

4.7. Corona – Blaupausen zum Paradigmawechsel

4.8. Globalisierung des EU- Green Deal

5. MENSCHHEIT AM SCHEIDEWEG

5.1. Zukunftsöffnung oder Realitätsverdrängung

5.2. Schlafwandler, Plutokraten und (semi-) faschistische Widersacher

5.3. Vermächtnisaktivisten, Wandlungsnetzwerke und assoziative Verbände

5.4. Alarmhinweise auf „Kipping Points“

1. UNERFÜLLTES REVOLUTIONSVERMÄCHTNIS

Zum Einstimmen auf die dieses Buch tragenden Gedanken möchte ich eine historische Rückschau voranstellen. Diese beginnt mit der Großen Französischen Revolution. Deren

Ringen um Freiheit und Gleichheit sowie zugleich um Brüderlichkeit bewerte ich als epochales Weltereignis auch für die Bewältigung der im Folgenden zu behandelnden Zukunfts- und Überlebensfragen. Den Hauptgrund für diese Bedeutungszumessung sehe ich in deren ganzheitlichem Transformationsversuch für alle drei Ideale bis zum Rang von Verfassungsartikeln. Erstmals in der Geschichte der Menschheit wird dadurch einer gesellschaftsverpflichtenden und zugleich freiheitswahrenden Brüderlichkeit (Solidarität) der Status einer staatlichen Handlungsvorgabe zuerkannt. Insoweit reicht die Französische Revolution weiter als sämtliche Versprechen der kurz zuvor verkündeten Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika. Zwar garantiert letztere gleichermaßen wie die französische Revolutionsverfassung individuelle Freiheiten als Menschenrechte für die Mehrzahl ihrer männlichen Bürger. Ferner vermittelt auch die US-Verfassung ein staatliches Gleichbehandlungsgebot für alle freien (weißen) Bürger vor dem Gesetz. Aber es fehlte und fehlt bis heute in den USA im Gegensatz zu Frankreich jedwede verfassungsgestützte Verpflichtung des Staates bzw. der Staaten zu solidarischem Handeln gegenüber in Not gekommenen Bürgern. Dazu sollte beim Lesen dieses Buches immer deutlicher werden: Genau diese Verpflichtung im Kontext mit den Menschenrechten auf Freiheit und Gleichheit wird nicht nur während der Revolution, sondern auch in den Folgejahrhunderten weltweit ein unerfülltes Vermächtnis bleiben.

Das uns der angesprochene Dreiklang der großen Französischen Revolution mit Schicksal bestimmenden Herausforderungen konfrontiert, wird bis heute vielfach übersehen und von seiner Bedeutung her sträflich unterschätzt. Das gilt auch für die Gesellschaften der demokratisch regierten Staaten. Nur wenige hinterfragen, ob die Menschheitsideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Gesellschafts-Solidarität) einer zukunftsgerechten Politik viel mehr Orientierung geben sollten als bisher geschehen? vor allem: Können wir trotz der sich anbahnenden Klimaapokalypse immer noch von der zumindest nach Adam Smith stets instrumentalisierten Mythos einer alles Wirtschaftliche Geschehen so wunderbar regulierenden „unsichtbaren Hand des Marktes“ ausgehen? Oder bedarf es auch dafür eines grundlegenden Paradigmawechsels?

1.1. SOLIDARITÄT ÜBERLAGERNDER MARKTMYTHOS

Die philosophischen, kulturellen und sozialpolitischen Dimensionen der revolutionären Forderungen nach Brüderlichkeit sind wesentlich schwerer ausleuchtbar als die nach Freiheit und Gleichheit. Für letztere steht nahezu die gesamte Tradition der Aufklärung in Europa und noch mehr die der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese repräsentieren Denker wie Montesquieu und Rousseau einerseits wie auch der geniale Marquis de Lafayette zusammen mit den Vätern der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung andererseits. Als solche taten sich bekanntlich insbesondere Thomas Jefferson, John Adams, Benjamin Franklin, Alexander Hamilton und nicht zuletzt George Washington hervor. Von Jefferson stammen die berühmten Passagen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, „wir erachten diese Wahrheiten als heilig & unbestreitbar, dass alle Menschen gleich und unabhängig geschaffen sind, dass sie, weil gleich geschaffen, natürliche & unverkäufliche Rechte besitzen, zu denen die Erhaltung des Lebens & Freiheit & das Streben nach Glück gehören; dass zur Sicherung dieser Ziele Regierungen unter den Menschen eingerichtet werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten, dass, wenn irgendeine Regierungsform

sich als schädlich erweist, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen.“

Es war insbesondere das Verdienst des vor Revolutionsbeginn für die US-amerikanische Unabhängigkeit mitkämpfenden Marquis de Lafayette, das die zuletzt genannten Freiheits- und Gleichheitsrechte schon am 04. August 1789 in der von der Nationalversammlung beschlossenen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte als deren Artikel 1 und 2 statuiert wurde.ⁱ Dagegen wurde die Forderung nach „Brüderlichkeit“ erst vier Jahre später (1793) zum gleichwertigen Bestandteil des revolutionären Ideal - Dreiklangs. So sollte laut Artikel 21 die Unterstützung der unglücklichen Mitglieder der Gesellschaft als „heilige Pflicht“ des Staates zu garantieren und folglich umzusetzen sein. Dieser für unsere Fragestellungen so bedeutende Artikel 21 wird in der Literatur überwiegend auf den Einfluss von Rousseau zurückgeführt. Wörtlich besagt Artikel 21, dass „die öffentliche Unterstützung (von Hilfsbedürftigen) eine heilige Pflicht (sei). Die Gesellschaft schuldet ihren unglücklichen Mitgliedern den Unterhalt, indem sie ihnen entweder Arbeit verschafft oder denen, die außerstande sind zu arbeiten, die Mittel für ihr Dasein sichert“. Es handelt sich dementsprechend um die Verrechtlichung einer Art „Mindestsolidarität“, die die französische Gesellschaft jedem (r) ihrer durch die Revolution befreiten Bürger(innen) schuldet. Es soll durch einen Rechtsanspruch auf Unterstützung die Würde und Selbstachtung jedes einzelnen Bürgers staatlicherseits garantiert werden. Zur Abgrenzung mit der in der Literatur so prominent herausgestellten Solidarität von Einzelpersonen bezeichne ich diese Art von Kollektiv-Solidarität als „Gesellschafts-Solidarität“.ⁱⁱ

Die Bedeutung von Gesellschafts-Solidarität kann gar nicht hoch genug gewertet werden. Dies allerdings nur im Verbund derselben mit rechtlich verbürgter Freiheit einerseits sowie Gleichheit vor dem Gesetz andererseits. Erst das Erkämpfen all dieser Rechte schuf erstmalig sozialstaatliche Perspektiven in der Zivilisationsgeschichte der Menschheit. Charakteristisch für den Sozialstaat sind ja nicht die von Einzelpersonen und deren Idealen abhängigen Hilfen für ihre jeweiligen Mitmenschen. Nein: Gerade gleichrangiger Rechtsanspruch auf Gesellschafts-Solidarität neben dem Recht auf Freiheit und Gleichheit ist so wichtig. Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung bleiben unvollständig, wenn nicht sogar weitgehend unwirksam, sofern ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf das freiwillige, wohlthätige Verhalten anderer Mitbürger angewiesen ist. Das sah schon Aristoteles ähnlich. Er sagte: „Der wahrhafte Demokrat muss also vielmehr darauf schauen, dass das Volk nicht gar zu arm werde. Dies ist die Ursache, wenn eine Demokratie schlecht wird. Man muss es also so einrichten, dass eine dauernde Wohlhabenheit entstehe: denn dies nützt auch den Wohlhabenden“.ⁱⁱⁱ Die Gesellschafts-Solidarität ist und bleibt demnach für einen nachhaltigen, demokratischen Zusammenhalt ein unentbehrlicher Stützpfeiler. Zusätzlich und unabhängig davon sollte allerdings eine von ethischen Grundsätzen getragene freiwillige Solidarität einen wichtigen Ergänzungsbeitrag leisten. Darüber wird noch in den beiden letzten Kapiteln ausführlich zu sprechen sein.^{iv}

Die revolutionäre Veranlagung sozialstaatlicher Perspektiven wurde nicht nur zu einer Errungenschaft für Frankreich. Vielmehr entwickelte sich daraus eine epochale Zukunftsperspektive mit weltweiter Ausstrahlung. Aus einer diesbezüglichen Vorahnung sagten Revolutionsaktivisten schon kurz nach dem 14. Juli 1789: „Wir haben in drei Tagen den Raum von drei Jahrhunderten durchquert“^v. Der obigen Wertung widerspricht keinesfalls die begrenzte Dauer, die dem von vielen großen Geistern und einflussreichen Freimaurern vorgedachten Revolutionsfortschritt vergönnt war. Bekanntlich geriet dieser bis Anfang 1794 von obigen Idealen inspirierte Befreiungsvorgang schon in demselben Jahr außer Kontrolle. So kam es alsbald zu Bürgerkriegen, in denen es immer weniger auf die Überzeugungskraft

fortschrittsfördernder Argumente als auf die Verführungswirkung agitatorischer Diskreditierungen ankam. Letztere endeten fast regelmäßig mit der Überstellung oft fälschlich Beschuldigter unter das Fallbeil der Guillotine. Kurz: Die Revolution ertrank immer mehr in einem von Ideologen entzündeten Blutausch, der nicht wenige ihrer Aktivisten samt deren Anhängern vernichtete.^{vi}

Die angesprochenen Verwerfungen mündeten alsbald in die hegemoniale Monarchie napoleonischer Prägung. Deren manischer Eroberungsdrang endete bekanntlich 1814 mit der vernichtenden Niederlage Napoleons in der Schlacht von Waterloo. Mit dieser verlor Frankreich für immer seinen Status als Weltenvorbild für kulturprägende und humane Fortschrittsgestaltungen. Sein epochales Revolutionsvermächtnis, insbesondere die Perspektive einer würdesichernden Solidarität für freie Bürger, geriet auch dadurch unterzunehmenden Druck. Letzteren verstärkte zum einen der europaweite, antiemanzipatorische Restaurationsprozess. Zum anderen die Popularisierung eines vorrevolutionären und zugleich völlig neuartigen Mythos. Dieser Mythos entstammt dem bereits 1774 erschienenen Werk des schottischen Moralthologen und Philosophen Adam Smith mit dem Titel „Der Wohlstand der Nationen“. Darin sieht Smith in Märkten eine „Unsichtbare Hand“ wirken. Und diese „unsichtbare Hand des Marktes“ Sorge dafür, dass über freie Märkte der Wohlstand bestmöglich gefördert würde. Das jedenfalls unterstellte Smith ohne Beibringung irgendeines empirischen Nachweises dafür. Letzteren gibt es auch bis heute nicht. Ein Mythos aber bedarf keines Beweises. Für seine Wirksamkeit reichte in diesem Fall die offenkundige Sehnsucht nach einem nicht so leicht wiederlegbaren Wohlstandsversprechen, egal ob aus göttlicher oder diabolischer Quelle. Ein solches Versprechen von der stets Wohlstand wie auch gesellschaftliche Gleichgewichtszustände hervorbringenden, unsichtbaren Hand des Marktes überlagerte ab dem zweiten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts das Bewusstsein vieler Angehöriger der neu entstehenden Kaste von Ökonomen und Sozialpolitikern weltweit. Nicht nur bei diesen rückte ein egozentrisch-materialistisches Ökonomieverständnis das ideelle und viel ganzheitlichere Vermächtnis der großen Französischen Revolution zunehmend in den Hintergrund.

1.2. Kapitalexpansion und Klassenkampf- agitation

Von einer Kapitalexpansion im hier gemeinten Sinne kann man erst wenige Jahrzehnte nach Beginn des 19. Jahrhunderts sprechen. Sie ist Folge und zugleich die wirtschaftlich prägende Seite der sogenannten industriellen Revolution. Deren bestimmende Organisationsprinzipien samt soziologischen und volkswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten bezeichnet man seit Mitte des 19. Jahrhunderts auch als Kapitalismus. Dessen Entwicklung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs mit seinen Herausforderungen für das oben beschriebene Vermächtnis der großen Französischen Revolution ist nunmehr unser Thema.

Sowohl die ideologische Geburtsstätte des Kapitalismus als auch dessen wirtschaftlich bestimmende Entwicklungsregion war und blieb bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Großbritannien. Das lag zum einen an dessen früher als in anderen Ländern herangereiften, organisatorischen Kreativitätspotenzialen seiner Bevölkerung. Zum anderen auch an dem Einfluss wirtschaftsfreundlicher Glaubensgemeinschaften sowie von diesen inspirierten Wirtschaftstheoretikern. Zu ersteren zählen laut Werner Sombart und Max Weber vor allem die in Holland, Schottland und den USA besonders einflussreichen Calvinisten, Puritaner und Quäker. Diese orientierten sich maßgeblich an extrem diesseitigen Ausprägungen der Destinationslehre. Nach diesen zeigt sich Gottgefälligkeit auch und gerade im wirtschaftlichen Erfolg. Ein solcher erfordert zudem beruflichen Fleiß, Sparsamkeit und ein auf Sittenstrenge gegründetes Leben. Woraus Weber folgert: „Die innerweltliche protestantische Askese ... wirkte also mit voller Wucht gegen den unbefangenen Genuss des Besitzes... Sie schnürte die Konsumtion, speziell die Luxuskonsumtion, ein. Dagegen entlastete sie im psychologischen Effekt den Gütererwerb von den Hemmungen der traditionalistischen Ethik. Sie sprengte dadurch die Fesseln des Gewinnstrebens, indem sie nicht nur dieses legalisierte, sondern es (in dem dargestellten Sinn) direkt als gottgewollt ansah.“ Weber folgert, dass im Geiste dieser Lehre eine an innerweltliche Askese gebundene puritanische Lebesauffassung gestanden habe. Nach dieser im Bewusstsein gestärkt, „in Gottes voller Gnade zu stehen und von ihm sichtbar gesegnet zu werden, ... (sofern) man als bürgerliche Unternehmer ... sich innerhalb der Schranken formaler Korrektheit hielt“. Dann jedoch konnte „sein sittlicher Wandel untadelig und der Gebrauch, den er von seinem Reichtum machte, kein anstößiger (sein) , (soweit er) seinen Erwerbsinteressen zu folgt ... Die Macht der religiösen Askese stelle ihm über dies (so glaubt er) nüchterne, gewissenhafte, ungemein arbeitsfähige und an der Arbeit als Gott gewollten Lebenszweck lebende Arbeiter zur Verfügung.“^{vii} Noch extremer in Richtung einer Ausbeutungs-Legalisation ließ sich für den Kapitalisten ein Calvin häufig zugerechnetes Zitat verwenden, wonach „nur, wenn das Volk arm gehalten werde, es Gott gehorsam bleibe“^{viii}.

Solcher Art plutokratischer Heilssicht passte die von A. Smith metaphysisch behauptete „Unsichtbare Hand des Marktes“ durchaus ins Konzept. Noch mehr dessen Lob eines angeblich gemeinwohlfördernden Egoismus, den Smith in seinem oben zitierten Hauptwerk wie folgt beschreibt: „Da nun aber der Zweck jeder Kapitalanlage Gewinnerzielung ist, so wenden sich die Kapitalisten den rentablen Anlagen zu, d. h. denjenigen, in denen die höchsten Gewinne erzielt werden. Indirekt wird aber auf diese Weise auch die Produktivität der Volkswirtschaft am besten gefördert. Jeder glaubt nur sein eigenes Interesse im Auge zu haben; tatsächlich aber erfährt so auch das Gesamtwohl der Volkswirtschaft die beste Förderung ... Verfolgt er nämlich sein eigenes Interesse, so fördert er damit indirekt das Gesamtwohl viel nachhaltiger, als wenn die Verfolgung des Gesamtinteresses unmittelbar sein Ziel gewesen wäre. Ich habe nie viel Gutes von denen gesehen, die angeblich für das allgemeine Beste tätig waren. Welche Kapitalanlage wirklich die vorteilhafte Liste ist, das kann jeder einzelne besser beurteilen als etwa der Staat oder eine sonst wie übergeordnete Instanz“^{ix}.

Die zuletzt skizzierte Weltsicht verbreitete sich zunächst in England mit Beginn des 19. Jahrhunderts. Keine der dort politisch maßgebenden Parteien vertrat nach dem Sieg über Napoleon noch das Menschenrecht auf Freiheit im Zusammenklang mit gesellschaftlicher Solidarität. Vielmehr blieb von diesem seinerzeit herausragenden Revolutionsvermächtnis bei den Liberalen in England nur deren uneingeschränktes Eintreten für die Gewerbefreiheit übrig. Aus dieser Erfahrung wird die Entwicklung des Frühsozialismus in Frankreich sowie der 1817 vollzogene Bruch von Henri de Saint-Simon mit dem Liberalismus verständlich. Saint-Simon begründete daraufhin eine neue Religion der Liebe und Brüderlichkeit auf Grundlage eines sozialen Eigentums-Rechts. Daraus entwickelte sich in Frankreich in Anknüpfung an

dessen revolutionäre Tradition eine wenn auch überschaubare Gegenströmung zum angelsächsischen Manchester-Kapitalismus. Gegen diesen gab es in Großbritannien mit prominenter Ausnahme des Baumwollfabrikanten Robert Owen nur wenig Gegenwehr. Owen unterband in seiner Musterfabrik im schottischen New Lanark die Kinderarbeit bis zum Alter von zehn Jahren und führte zugleich eine Arbeitszeitbegrenzung für alle Beschäftigten auf 10,5 Stunden pro Tag neben für damalige Verhältnisse fairen Lohnzahlungen ein. Trotz solcher beachtlichen sozialen Wohltaten konnte sich Owen erfolgreich gegenüber seinen Konkurrenten behaupten.^x

Wie extrem anders verlief das Schicksal fast aller übrigen Industriearbeiter im England des frühen 19. Jahrhunderts. In krassester Weise galt dies für das sprunghaft anwachsende Bergwerksproletariat. So mussten massenhaft Kinder außerhalb ihres jeweiligen Familienverbandes in Kohlegruben unter Tage unter unwürdigsten Bedingungen arbeiten. Viele derselben sahen wochenlang in oftmals gebückter Haltung keinerlei Tageslicht. Das änderte sich erst 1842 mit einem gesetzlichen Verbot für die im Kohlenbergbau eingesetzten Kinder. Darüber hinaus wurde aufgrund des Fabrikgesetzes von 1833 die Arbeitszeit von Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren auf 12 Stunden limitiert. Ferner wurde eine wirksame Kontrolle der Textilfabriken durch unabhängige Fabrikinspektoren von da an allmählich wirksam.

Neben obigen Sozialverwerfungen kam es schon an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in England zu erheblichen Widerständen gegen die so manchen Handwerkern als geradezu explosiv erscheinende Ausbreitung fabrikmäßiger Maschinenarbeit. Solche Widerstände mündeten zeitweise in Maschinenstürmerei von bis dahin noch traditionell organisierten Webern und Färbern. Erst massive Militäreinsätze und drakonische Bestrafungen der Beteiligten durch Hinrichtung oder Zwangsverbringung nach Australien ließen diese Bewegung abflauen. All dies verhinderte nicht eine Protestbewegung 1819 in Manchester, wo sich auf dem St. Peters Field rund 100.000 Menschen zu einer friedlichen Demonstration zusammenfanden. Als diese Versammlung plötzlich von einer vermutlich von Fabrikanten finanzierten Bürgergarde mit Schusswaffen attackiert wurde, kam es zu elf Toten und nahezu 200 Schwerverletzten. All dies führte trotz der genannten gesetzlichen Verbesserungen zu teilweise explosiven Gegensätzen zwischen den pauperisierten und proletarierten Teilen der Gesellschaft einerseits und den als Fabrikherren verhassten Unternehmern andererseits.^{xi}

Die Auswüchse des Manchester-Kapitalismus wurden neben vorgenannten Frühsozialisten auch von zumindest einem deutschen Sozial-Aktivisten intensiv verfolgt. Gemeint ist der angehende Jurist und später durch seine agitatorisch-philosophischen Wirtschaftstheorien weltberühmt gewordene Karl Marx. Ihm genügte nach bestenfalls einem Jahrzehnt Kapitalismusanalyse nicht mehr nur eine Reform oder sogar eine revolutionäre Neugestaltung desselben. Nein: Ihm ging es letztendlich um die Beförderung von Entwicklungen, die eine Aufhebung der Gegensätze zwischen der neu entstehenden Proletarierklasse und der traditionellen Bourgeoisie bewirken. Erst mit dieser Aufhebung kann laut Marx die „Überwindung der dunklen Macht des Kapitalismus“ gelingen. Sein Mythos von der „dunklen Macht des Kapitalismus“ erreichte trotz oder gerade wegen dessen mangelnder Überprüfbarkeit eine nahezu ebenso überwältigende Berühmtheit wie der Mythos von der „unsichtbaren Hand des Marktes“ laut A. Smith. Dafür machte es kaum einen Unterschied, dass Letzterer ein bekennender Moraltheologe und Ersterer ein bekennender Materialist war.

Marx erklärt und begründet die Grundsätze seiner später zu den obigen Ergebnissen führenden Entwicklungstheorien erstmals 1844 in seinem nicht zur Veröffentlichung bestimmten Manuskript „NATIONALÖKONOMIE UND PHILOSOPHIE „.^{xii}

Zu den Frühschriften gehören auch die Marxschen Ausarbeitungen über Arbeit, Lohn und Ware sowie Klassengegensätze, Arbeitsteilung und politische Ökonomie unter dem Titel „DAS ELENDE DER PHILOSOPHIE“, welches 1847 veröffentlicht wurde). In seinen weiteren Traktaten unter Einschluss des kommunistischen Manifestes kommt Marx zu Ergebnissen, von denen die nachfolgenden ersten drei auch von vielen anerkannten (sogenannten) bürgerlichen Ökonomen bis heute zumindest zur Kenntnis genommen werden. Dagegen werden die nachfolgend an vierter und fünfter Stelle zitierten Thesen überwiegend kritisch gesehen und heute weitestgehend nicht mehr ernst genommen. Die für viele Sozialwissenschaftler bis heute zumindest diskussionswürdigen Thesen lauten:

- (1) Der Proletarier wird durch den Kapitalisten in den Zustand einer schlichten Ware transformiert und dadurch sich selbst entfremdet;
- (2) infolge seiner gesellschaftlichen Entfremdung muss der Proletarier sich als Ware und damit sich selbst verkaufen;
- (3) dieses sich selbst verkaufen müssen wertet Marx als „völligen Verlust als Menschen“.^{xiii}

Der den obigen drei Thesen zu Grunde liegende Entfremdungsbegriff kann nur aus dem Marxschen Menschenbild heraus verstanden werden. Nach diesem ist der Mensch weniger Individuum, sondern eher ein Gattungswesen. Als solches verwirkliche er sich durch seine Arbeit in und für die Gesellschaft. Seine Entscheidung zu arbeiten erfolge dabei bewusst und aus freiem Willen heraus. Dies genau unterscheidet den Menschen vom Tier. Im Kapitalismus jedoch gehe diese Natur des Menschen verloren. Die Arbeit erfolge in diesem lediglich um Bedürfnisse außerhalb der Arbeit zu befriedigen. Anstelle der erfüllenden und bereichernden Arbeit tritt „Zwangsarbeit“ ein. Dieses sei Marx zufolge jedoch fatal, da das (Gattungs-)Wesen des Menschen unteilbar sei. Der Mensch also nicht 6 Tage die Woche 14 Stunden arbeite um am siebten Tag der Woche frei zu sein um sich z.B. politisch zu engagieren. Es gebe jedoch laut Marx keine klare Trennung zwischen privatem und politischem Leben. Vielmehr sei der Mensch ein soziales Wesen, das sich durch selbstbestimmte Arbeit verwirkliche. Nur dadurch würde der Mensch frei und sein Gattungsleben erfülle sich.^{xiv}

Die drei eigenwilligen und zumindest die angelsächsischen Wirtschaftswissenschaften grundsätzlich Frage stellenden Thesen wurden international zwar beachtet. Sie verhinderten aber keinesfalls, dass Ökonomen weiterhin nahezu ohne kritische Gegenstimmen von Arbeitsmärkten sprechen. Der Arbeiter und Angestellte (Mitarbeiter) sich danach also wie selbstverständlich als Ware zu verkaufen habe. Dazu mehr in den Folgeabschnitten. Jetzt aber zunächst zur vierten und fünften Marxschen These, wonach :

- (4) Die Selbstverwirklichung des Menschen sich nur durch die Selbst-Aufhebung des Proletariats vollziehen könne;
- (5) und: dass die Selbst-Aufhebung des Proletariats erst durch den wahren Kommunismus erfolgen wird. Nur letzterer könne alle Klassenunterschiede und gesellschaftlichen Widersprüche aufheben. Das werde dann zwangsläufig der Fall sein, sobald sich „bestimmte Voraussetzungen“ entwickelt haben. Wann, wie und warum sich solche Voraussetzungen durch die dem Kapitalismus innewohnende Entwicklungsgesetze ergeben, das beschreibt Marx in seinem dreibändigen Hauptwerk „Das Kapital“.

In seinem dreibändigen „Das Kapital“ widmet sich Marx weniger als in seinen Frühwerken philosophischen als vielmehr wirtschaftstheoretischen Problemstellungen. Dieses allerdings auf der Grundlage seiner von ihm als „dialektisch“ bezeichneten, in wesentlichen Bereichen höchst spekulativen und letztlich vereinfachenden, materialistischen Entwicklungsphilosophie. Mit den daraus in seinem „Das Kapital“ weitergeführten Explikationen verfolgt Marx sein Ursprungsziel weiter, den von ihm so bezeichneten „bürgerlichen“ Ökonomen einen Spiegel zu den langfristigen Konsequenzen aus deren für ihn naiv anmutendem, nahezu uneingeschränkten Marktvertrauen vorzuhalten. Mit diesem Bemühen erweitert er insbesondere durch seine Monopol- aber auch Wachstumstheorie und davon vornehmlich seinem „Gesetze vom tendenziellen Fall der Profitrate“ die damaligen Wirtschaftswissenschaften.^{xv}

Aus heutiger Sicht wird man die unter Nummer vier und fünf angesprochen Thesen und die dafür von Marx entwickelten Teiltheorien als historisch widerlegt zu werten haben; dies spätestens seit den 80 er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts mit dem vollständigen Zusammenbruch der Sowjetunion. Daran ändert auch die damit einhergehende Umwandlung des chinesischen Kommunismus in einen parteiautokratischen Kapitalismus wenig. Derartige Entwicklungen vermochten nur wenige bis zum Ende des ersten Weltkriegs vorauszusehen. Im Gegenteil: Es gerieten schon im neunzehnten Jahrhundert immer mehr Kulturschaffende, Journalisten, Sozialpolitiker und neben anderen nicht zuletzt Proletarier in den Bann der zuletzt genannten Thesen. Zu diesen wie überhaupt zum biografischen Werdegang von Karl Marx und dessen Einfluss auf Zeitgenossen und die späteren geschichtlichen Verläufe gibt es eine Fülle von Literatur. Die Anzahl diesbezüglicher Neuerscheinungen hat sich allerdings mit obigem Kommunismus-Kollaps einschneidend verringert. In völlige Vergessenheit ist Marx aber dennoch nicht geraten. Vielmehr regte das sich in jüngster Zeit verstärkt geltend machende Unbehagen an den durch den Neoliberalismus verschärften Sozialerosionen neben bekanntere Sozialforschern auch den Philosophen R.D. Precht zu Diskursen über Marx an. Uneingeschränkt mochten sich unter diesen aber nicht einmal (mehr) die bekennenden Materialisten, eigentlich doch Brüder im Geiste des Erz-Materialisten K. Marx, zu letzterem bekennen. So sagt z.B. Paul Mason: „...anders als Marx glaube ich, dass die Revolution der Menschheit nicht durch das unbewusste Handeln einer einzelne Klasse ... herbeigeführt wird... Und anders als Marx breche ich nicht in Gelächter aus, wenn ich das Wort „Moralphilosophie“ höre, denn um die (zukünftige) Technologie beherrschen zu können...brauchen wir einen globalen, ethischen Rahmen“^{xvi}. Etwas anders argumentiert Precht. Er räumt immerhin ein, dass sich die beiden oben genannten Thesen von Marx, die ja auch als entwicklungsgesetzliche Prophezeiungen gemeint waren, nicht erfüllt haben. Precht meint aber zugunsten von Marx, den er zum „einflussreichen Denker der Neuzeit“ adelt, unterstellen zu dürfen: „Allerdings darf (Marx) ... sich zugutehalten, dass das Kapital viel aus seiner Prognose gelernt hat und die Gefahren nun besser erkannte. Und dass es die Geister waren, die er und andere Sozialisten riefen, die als notwendiges Korrektiv den Kapitalismus im Laufe der nachfolgenden Jahrhunderte zivilisierten.“^{xvii}

Was Marx von vielen Sozialisten einschließlich Sozialdemokraten seiner Zeit unterscheidet, ist sein kulturfernes Menschenbild, in dem der Mensch als Individuum kaum eine Rolle spielt. Für Marx ist jeder Mensch ein Gattungswesen. Als solches wird er nahezu ausschließlich durch die für ihn maßgebenden Wirtschaftsverhältnisse, seine Klassenzugehörigkeit sowie die ihn betreffenden Machtverhältnisse zwischen den Klassen geprägt. Mit persönlichkeitsveranlagten Bewusstseinsentwicklungen und deren Einflüsse auf die Gesellschaft befasst er sich nicht weiter. Eher in umgekehrter Richtung. Kultur ist für ihn

schlicht ein „gesellschaftlicher Überbau“. Dessen regionales, nationalstaatliches wie auch internationales Einwirken auf die Menschheit ist für Marx vernachlässigbar. Nach einer solchen Anschauung haben die hier behandelten Ideale der Großen Französischen Revolution so gut wie keine, allenfalls eine vorübergehende Bedeutung. Solange dem entfremdeten Proletarier durch den Kapitalismus ein existenzbedrohender Mehrwert an den von ihm erarbeiteten Produkten „abgepresst“ werden kann, stellt sich für ersteren als einer ständigen Ausbeutung Unterliegenden nicht mehr die Frage nach einer ihm hilfreichen Freiheit. Auch nicht die nach Gleichheit vor dem Gesetz. Die Forderung nach staatlich garantierter Gesellschafts-Solidarität erübrigt sich für Marx mangels Realisierbarkeit ohnehin. Erst wenn alle Klassengegensätze durch den wahren Kommunismus aufgehoben sind, genießen die bisher Ausgebeuteten die Freiheit, das zu tun, was sie tun möchten. Zur Veranschaulichung dieser These plagiiert er sodann die Paradiesvision von Charles Fourier, wonach befreite Bürger beliebig zwischen einer Rolle als „Jäger, Fischer, Hirte, Kritiker „und vieles mehr beliebig wechseln können. Für Marx jedoch ist dafür im Gegensatz zu Fourier jedwede staatliche Organisation entbehrlich. Zudem erkennt Marx bezüglich der Stabilität seines kommunistischen Endzustandes weder Widerstandsrisiken noch anarchistische Gefährdungen. Die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit für die innere Sicherheit einerseits und die individuelle Freiheit andererseits bleibt für Marx Zeit Lebens kein Thema. Das durch seinen wahren Kommunismus entstandene Paradies erlangt qua Deus ex Machina selbst bei fehlender, staatlicher Organisation eine für die Ewigkeit wirksame Stabilität.

Die Klassenkampftheorie von Marx erwies sich trotz ihrer höchst spekulativen Begründungen und extrem materialistischen sowie teilweise weltfremden Vereinfachungen als besonders wirkungsmächtige Mischung aus philosophischer Agitation und spekulativ-normativer Wirtschaftswissenschaft. Diese entfaltete nicht nur auf viele Proletarier, sondern auch nicht wenige Intellektuelle eine enorme Suggestivwirkung. Mit dieser von ihm entwickelten Weltanschauung stellt sich Marx zugleich auch offen gegen das Vermächtnis der Großen Französischen Revolution. Gegen Letztere befeuert er dadurch bis zum Ende des Ersten Weltkriegs ein instabiles Spannungsfeld zwischen klassenkämpferisch indoktrinierten Agitationsverbänden einerseits und plutokratischen Manchester-Kapitalisten andererseits. Dazwischen kämpften demokratisch orientierte Sozialisten sowohl in England, Frankreich wie auch später in Deutschland sowie anderen industrialisierten Ländern Europas für die Erfüllung des Französischen Revolutionsvermächtnisses.

Im Frankreich des 19. Jahrhunderts und von da aus auch europaweit haben insbesondere zwei demokratische Sozialreformer als Kämpfer für obiges Revolutionsvermächtnis Berühmtheit erlangt. Zum einen Pierre J. Proudon mit dem nach ihm so benannten Proudonismus. Zum anderen Charles Fourier nicht zuletzt mit seinem 1829 erschienen Werk „Die Welt der Industrie und Vergesellschaftung“. Fourier hat neben vielen auch den englischen Philosophen John Stuart Mill beeinflusst. Die von Fourier in „Die falsche Industrie“ ausgearbeitete Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen bildet bis heute einen wichtigen Impuls für das Revolutionsvermächtnis. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs jedoch vermochten die Ideen beider Sozialreformer nur wenig an der Ausbeutung breiter Schichten der abhängig Beschäftigten in Frankreich, aber auch in England, zu ändern. Die blutige Niederschlagung des vom Proudonismus inspirierten Aufstands der Pariser Kommune im Jahre 1871 gibt dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

Anders als in Frankreich und England verlief die Auseinandersetzung mit dem Revolutionsvermächtnis in dem sich neu konstituierenden Deutschen Reich. In diesem trat zunächst Ferdinand Lassalle als richtungsweisender Bannerträger für eine deutschlandweite Umsetzung der französischen Revolutionslösung hervor. Dies geschah nicht nur sinngemäß,

sondern sogar dem Wortlaut nach über die durch ihn maßgeblich am 23. Mai 1863 organisierte Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). Für dessen 10-jähriges Stiftungsfest wurde auf der bis heute so genannten Lassalle-Fahne die Losung FREIHEIT, GLEICHHEIT, BRÜDERLICHKEIT - EINIGKEIT MACHT STARK als Leitspruch für die neue Partei abgebildet. Von der Nachfolgeorganisation des ADAV, nämlich der SPD, wollen nicht wenige ihrer heutigen Mitglieder in der Geschichte der Lassalle-Fahne die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie erkennen.

Lassalle entwickelte zur Revolutionslosung bereits vor Gründung des ADAV einen konkreten Weg für die Beförderung von Gesellschaftssolidarität innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens. Hierfür griff er den von Stephan Born 1848 propagierten Vorschlag zum Aufbau durch Staatskredit finanzierter Produktivassoziationen auf. Dazu sagte er, dass „die sittliche Idee des Arbeiterstandes... die ist, dass die ...freie Betätigung der individuellen Kräfte...noch nicht ausreicht, sondern das (mit einem demokratischen) Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit der Entwicklung“.^{xviii} Durch das Miteigentum der Arbeiter an diesen genossenschaftlich organisierten Assoziationen sollten deren Beschäftigte über deren individuellen Lohn /Gehalt hinaus der wesentliche Restgewinn zufließen. Die Marx so beschäftigende Frage der Entfremdung des Proletariats sowie der kapitalistischen Ausbeutung desselben durch eine unfaire „Mehrwertaneignung“ durch Kapitalisten konnte Lassalle dadurch als für ihn (theoretisch) friedlich und zugleich demokratisch gelöst betrachten.

Einen Beweis für die Überlegenheit seiner demokratischen Gesellschaftssolidarität gegenüber einem verelendungsgeprägten Kapitalismuswandel à la Marx konnte Lassalle wegen seines frühen Todes nicht mehr liefern. Er verstarb bereits ein Jahr nach Gründung des ADAV im Jahre 1864 durch ein Duell in den USA. Seine bis dahin den ADAV inspirierende und prägende Führungsfunktion übernahm von da an, zumindest die ersten vier Jahre noch in überwiegend geistiger Gefolgschaft zu Lassalle, dessen Mitvorstand August Bebel im damals jungen Alter von 24 Jahren. Bebel begann sich jedoch ab Ende der 60er Jahre von einem Lassalle-Verehrer zu einem Marx-Anhänger zu verwandeln: „Ich bin ... wie fast alle, die damals Sozialisten wurden, über Lassalle zu Marx gekommen...Gegen Ende 1869 fand ich ...erst auskömmlich Zeit..., den im Spätsommer 1867 erschienen Ersten Band „DAS KAPITAL“ von Marx gründlich zu lesen, und zwar im Gefängnis...Das Kommunistische Manifest und die anderen Schriften von Marx und Engels wurden der Partei erst Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre bekannt...“^{xix}. Für seine spätere marxistische Prägung symptomatisch sind seine 1910 geäußerten Thesen: „Das 20. Jahrhundert ist mehrfach als das Jahrhundert der Sozialreformen bezeichnet worden. Ich betrachte es als das Jahrhundert der sozialen Revolution, in dem die letzten Reste menschlicher Unfreiheit und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden“ .Um sodann freimütig zu bekennen: „Ich will der Todfeind dieser Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen“.^{xx}

Inwieweit sich die offenkundig marxistisch geprägte Grundeinstellung Bebels bis zu seinem Tod 1913 zu einem Mainstream der SPD entwickelt hat, ist im heutigen Rückblick schwer zu beurteilen. In jedem Fall vertrat ein nicht unwesentlicher Teil der damaligen SPD-Mitglieder eine reformorientiertere und die bürgerlichen Freiheiten mehr achtende Position als Bebel. Dies galt insbesondere für die so genannten „Revisionisten“ , die die SPD zu einer linken, aber demokratischen Volkspartei weiterentwickeln wollten. Einer der herausragenden und zugleich Marx besonders kritisch gegenüberstehenden Anführer der Revisionisten war neben Eduard David der vom Marxisten zum sozialen Demokraten gewandelte Eduard Bernstein. Dieser veröffentlichte 1896 in einem Artikel „Probleme des Sozialismus“ seine offene

Zurückweisung der marxischen Kommunismus-Theorien. Er argumentierte, dass die tatsächliche Entwicklung des Kapitalismus die ökonomische Analyse von Marx mit deren „sozialistischen Katastrophitis“ widerlegt habe.^{xxi}

Der sogenannte Revisionismus musste Bebel entsprechend seiner oben skizzierten Grundeinstellung widerstreben. Der Hauptwiderstand gegen diese Strömung kam jedoch zumindest offen vom marxistischen Flügel der SPD um Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Wilhelm Liebknecht.^{xxii} Diesen Flügel immerhin vermochte Bebel mit den übrigen, zum Teil durchaus antagonistischen Strömungen in der SPD, zu einem nach außen geschlossen auftretenden Parteikörper zu vereinen. Insbesondere dadurch wie auch durch seine breite Bevölkerungsschichten vereinnahmende Redebegabung blieb Bebel bis zu seinem Tode die unangefochtene Vaterfigur in und für die SPD. Davon zeugten bei seiner Beerdigung fast 2 Mio. Trauergäste. Die größte Beerdigung, die das junge Deutsche Reich bis dahin erlebt hatte. Nicht lange nach seinem Tod brachen sich jedoch die durch Bebel kraft seiner Persönlichkeit eingehetzten Spannungen zwischen den zuletzt genannten Flügeln einschließlich den Lassalle-Anhängern in offenen Kämpfen ihre Bahn. Der Erste Weltkrieg konnte dies zunächst bis zur Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USDP) am 6. April 1917 oberflächlich überdecken.

ⁱ Nach Artikel 1 werden: Die Menschen frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es... Artikel 2 lautet: „Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte ...“ https://de.wikipedia.org/wiki/Erklärung_der_Menschen-_und_Bürgerrechte

ⁱⁱ Rousseau sieht in seinem Gesellschaftsvertrag eine „gegenseitige Verpflichtung“ vor, in der jeder freie Staatsbürger als „Mitgesellschafter“ jedem hilft und für diesen verantwortlich ist. Er versucht damit sowohl den rationalen als auch emotionalen Menschen in seinem Gesellschaftsentwurf zu berücksichtigen. Jean-J. Rousseau, GESELLSCHAFTSVERTRAG, Reclam-Verlag, Stuttgart 1986, Seite 18

ⁱⁱⁱ Aristoteles. POLITIK. Übersetzung u. Hrsg. v. O. Gigon. München: dtv 1973

^{iv} Zu den verschiedenen Typen individueller wie auch gemeinschaftsstiftender Solidarität siehe Kurt Bayertz, BEGRIFF UND PROBLEM DER SOLIDARITÄT, Seite 42 ff

^v Hans-Ulrich Thamer, DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION; C.H. Beck, München 2013, Seite 9

^{vi} Siehe dazu Jonathan Israel: Die Französische Revolution - Ideen machen Politik. Originaltitel: An Intellectual History of the French Revolution from the Rights of Man to Robespierre. Oxford, Princeton 2014, Princeton University Press, Seite 572 ff).

^{vii} Max Weber, ASKETISCHER MATERIALISMUS UND KAPITALISTISCHER GEIST, In ders.: Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik, hrsg. von Johannes Winkelmann, Stuttgart 1973, Seite 370 ff

^{viii} Max Weber, ASKETISCHER MATERIALISMUS UND KAPITALISTISCHER GEIST. a.a.O. Seite 375 f.

^{ix} Zitat nach Wilhelm Treue u.a., Geschichte zu Quellen der industriellen Revolution, Göttingen 1966, Seite 163

^x Siehe dazu Michael Brie: Wie der Sozialismus praktisch wurde. Robert Owen - Reformers, Visionär, Experimentator, in: Philosophische Gespräche, Heft 40, hrsg.: Rosa Luxemburg-Stiftung 2016, Seite 9 ff

^{xi} Siehe hierzu auch: Ruth Marther, The Peterloo Massacre, in: Romanticism, Power and Politics, published 15 May 2014

^{xii} Vergleiche hierzu und zum Folgenden die von S. Landshut verfasste Einleitung für die zu K. Marx im Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1971 veröffentlichten „Frühschriften von 1837 bis zum kommunistischen Manifest“, Seite 26 ff

^{xiii} Siehe Einleitung von S. Landshut zu K.Marx, DIE FRÜHSCHRIFTEN VON 1837 BIS ZUM KOMMUNISTISCHEN MANIFEST, Stuttgart 1971 ,Seite 27 ff

^{xiv} <https://blogs.fu-berlin.de/menschenbilder/2017/12/19/karl-marx-und-die-entfremdung-des-menschen/>).

^{xv} Siehe K.Marx, DAS KAPITAL, dritter Band, Berlin 1970, Dietz Verlag, Seite 221 ff

^{xvi} Paul Mason, Klare, lichte Zukunft, eine radikale Verteidigung des Humanismus, Berlin 2019, Suhrkamp Verlag, Seite 304

^{xvii} R.D. Precht, Eine Geschichte der Philosophie –Band drei, München 2019, Goldmann Verlag, Seite 187 und 247

^{xviii} Ferdinand Lassalle, ARBEITERPROGRAMM, in: Karl Renner (Hrsg.) Auswahl von Reden und Schriften, Sozialistische Klassiker, Berlin 1923, Seite 137 bis 189

^{xix} <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bebel/1910/leben1/indeex.html>

^{xx} August Bebel, Worte, Dietz Verlag, Berlin 1989, Seite 212 und Seite 243

^{xxi} <https://www.wsws.org/de/aricles/2005/09dn23-s24.html>

^{xxii} Bei diesen Flügelführern handelte es keinesfalls um orthodoxe Marxisten. Vielmehr blieb z.B.Wilhelm Liebknecht (1826 -1900) trotz seiner Marxismus-Nähe Zeit seines Lebens – im Gegensatz zu seinem später ermordeten Sohn Karl Liebknecht-ein Demokratieführer. Für ihn war Demokratie ohne Sozialismus keine Demokratie und Sozialismus ohne Demokratie kein wirklicher Sozialismus. Für die nicht nur Marx sondern auch Goethe verehrende Rosa Luxemburg bedeutet echte Freiheit im Gegensatz zur reinen Machtorientierung Lenins stets auch die Freiheit der Anderen

1.3. Dreigliederungsbewegung für sozialen Organismus

Vor und nach Beendigung des Ersten Weltkriegs wurden die alten, feudal-kapitalistisch geprägten Monarchien in Deutschland sowie Mittel- und Osteuropa hinweggefegt. Die von Lenin und Trotzki geführte, bolschewistische Machtergreifung in Russland schritt unaufhaltsam voran. In Deutschland kam es ab Herbst 1918 zu den berühmten Matrosen- und regionalen Räteaufständen. Ein einschneidender Systemwandel dieses Landes erschien nach dessen demütigender Niederlage als immer dringlicher. Allerdings blieben bis weit in das Jahr 1919 die Fragen nach den Perspektiven und dem Wie der in Betracht kommenden Systemwandel-Möglichkeiten umkämpft. In zuweilen blutigen Streitereien konkurrierten als extremste Alternativen der Umsturz in eine revolutionäre Räterepublik gegen den verfassungsgestützten Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats. Für Letzteren kamen sowohl eine mehr oder weniger kapitalistische Systemkonservierung als auch dessen gesellschaftssolidarische Neugestaltung in Betracht. Nur mit der zuletzt genannten Variante eröffnete sich gerade für das besiegte Deutschland die Möglichkeit, auch als Impuls für die Weltgemeinschaft einen sozialfortschrittlichen Weg nach dem Vermächtnis der Großen Französischen Revolution zu beschreiten. Dass sich dafür in Deutschland durch dessen Niederlage nicht nur eine Möglichkeit, sondern zugleich eine existenzielle Notwendigkeit ergeben hatte, verkündete kurz nach Weltkriegsende der Schriftsteller und Anthroposoph Rudolf Steiner.

Steiner setzte sich schon ab November 1918 nicht nur für eine Neuregelung der sozialen Frage im bisher behandelten, ausbeutungs- und armutsverhindernden Sinne ein. Vielmehr unternahm er darüber hinaus den Versuch, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit völlig neu mit dafür aufgeschlossenen Personen zu denken. Dazu verwendete er zunächst Bilder nach der Funktionsweise menschlicher Organe. Über deren Zusammenwirken als Denk-, Atmungs- und Verdauungsorgane versuchte er die Aufgabe zu veranschaulichen, auch die Gesamtgesellschaft als Verbund dieser drei Organbereiche zu verstehen und diese jeweils gesondert wie auch im bestmöglichen Zusammenwirken miteinander aufgabengerecht zu gestalten. Den Denkbereich nannte er für dieses Ziel „FREIES GEISTESLEBEN „. Die diesen Bereich ernährenden Verdauungsorgane bezeichnete er als „ASSOZIATIVES WIRTSCHAFTSLEBEN“. Das Verbindungsorgan zwischen Geistes- und Wirtschaftsleben, das ebenfalls vom Wirtschaftsleben zu ernähren war, stellte für Steiner der hoheitliche Staatsbereich dar. Diese aus dem traditionellen Einheitsstaat heraus organisatorisch zu verselbständigende Bereiche bildeten nach Steiner als systemisch neu auszuformender Gesamtverbund den „SOZIALEN ORGANISMUS“.^{xxii}

Alle drei genannten Gesellschaftsorgane dienen den umzusetzenden Aufgaben für die Verwirklichung der oben behandelten Menschenrechte. Das FREIE GEISTESLEBEN dient den Menschen in geistiger Hinsicht und hat das individuelle Menschenrecht auf Freiheit bestmöglich zu gewährleisten. Es entspricht beim Einzelmenschen dessen Kopf- und Rückenmarkorganen und spiegelt das Geistige einer Gesellschaft. Das ASSOZIATIVE WIRTSCHAFTSLEBEN versorgt den einzelnen Menschen in leiblicher Beziehung und hat vorrangig das Prinzip der BRÜDERLICHKEIT im Sinne von Gesellschaftssolidarität zu verfolgen. Es entspricht beim Einzelmenschen dessen Physis und davon speziell dessen Verdauungsorganen. Die Verbindung zwischen Geist und Körper vermittelt nach Steiner die Seele. Dieser entspreche in der Gesamtgesellschaft der Rechtsstaat. Letzterer habe den Zusammenhalt der vorgenannten Bereiche sowie den inneren und äußeren Schutz nach dem Prinzip der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz zu wahren. Demnach sind es genau alle drei durch die Große Französische Revolution erkämpften Menschenrechte, für deren wirklichkeitsgemäße Umsetzung es anstelle des traditionellen Einheitsstaates drei gesonderte Organbereiche aus zu bilden gelte. Vereinfacht zeigt dies das nachfolgende Schema:

DREIGLIEDRIGER SOZIALER ORGANISMUS

Ideal –Ebene:	FREIHEIT	GLEICHHEIT	BRÜDERLICHKEIT (= Gesellschafts-Solidarität)
Kategorie- Zuordnung:	- Geist -	- Seele -	- Körper -
Organ – Bereich:	- „Freies –Geistes- leben „ -	-Hoheitlicher Staatssektor-	-„Assoziatives Wirtschafts- leben „ -

Ein konkretes Beispiel für ein „Freies Geisteslebens“ veranlagte Steiner bereits 1919 mit seiner Waldorfschulgründung in Stuttgart. Daraus entwickelte sich die weltweit erfolgreichste ,reformpädagogische Bewegung des zwanzigsten Jahrhunderts^{xxii} . Jedoch war es nicht diese

Schulgründung, die Steiner in 1919 am meisten abverlangte. Vielmehr sollte er in 1919 am meisten gefordert werden durch die so genannte „Dreigliederungsbewegung „. Mit dieser kämpfte Steiner im Lande Württemberg und von demselben als Brückenkopf zum gesamten Deutsche Reich vorgedacht für einen selbst tragenden, sozialreformerischen Prozess in Richtung des oben skizzierten, Sozialen Organismus.

Die Initiative zur Mitwirkung Steiners an der Umsetzung seiner oben skizzierten Vorstellung eines Dreigliedrigen Sozialen Organismus ging von dem Stuttgarter Industriellen Emil Molt aus. Dieser bemühte sich seit der Abdankung Wilhelm II um die Gründung einer „Württembergischen Industrie-Treuhandbank“. Mit seiner diesbezüglichen Aktivität wurde er Mitglied der in 1918 vom württembergischen Arbeitsministerium einberufenen „Sozialisierungskommission“, der neben vielen anderen Gewerkschafts- und Wirtschaftsvertretern auch der Unternehmer Robert Bosch angehörte. Der Kommission hatte Molt noch im Dezember 2018 von den Dreigliederungsgedanken Steiners berichtet. Deren positive Reaktionen ermutigten Molt, am 25. Januar 1919 Steiner über seine bisherigen Kommissionserfahrungen in Sachen Dreigliederung zu informieren und Steiner um weitere Hinweise betreffend Antwortmöglichkeiten auf die drängenden, sozialen Zeitfragen zu bitten. Steiner soll in dem Gespräch spontan gesagt haben: „Wir können nicht mehr an Altes anknüpfen, sondern wir müssen von uns aus ganz Neues bringen. Ich werde Ihnen ein Dokument (dazu) geben „.^{xxii} ^{xxii}

Ein solches Dokument überreichte Steiner an Molt und dessen Begleiter wenige Tage nach obigem Treffen mit der Überschrift „Aufruf an das deutsche Volk und die Kulturwelt“. Dieser als Weckruf gemeinte Aufruf wurde mit Unterschriften von zahlreichen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft in der ersten Februarwoche 1919 sowohl als Flugblatt wie auch über verschiedene Zeitungen verbreitet.^{xxii} Um diesem Aufruf zu einer nachhaltigen, öffentlichen Wirksamkeit zu verhelfen wurde am 22. April 1919 die erste öffentliche Versammlung zur Dreigliederungs-Thematik im Stadtgartensaal in Stuttgart abgehalten. Die dortige Rede Steiners wurde laut Teilnehmerberichten in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal mit großer Begeisterung aufgenommen. Nach anschließend lebhafter Diskussion wurde beschlossen, einen „Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus „ zu gründen. Das bildete den Auftakt zu einer wahren Vortragsflut Steiners innerhalb der Stuttgarter Arbeiterschaft. Diese begann am 23. April im Rahmen einer Betriebsratsversammlung der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik. Im Verlauf der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution an die württembergische Regierung verabschiedet, wonach die Berufung R. Steiners in die Regierung zwecks „sofortiger Inangriffnahme der Dreigliederung“ gefordert wurde. Diese Resolution wurde in über 20 darauffolgenden Arbeiterversammlungen im jeweils überfüllten Gustav-Siegler-Haus in Stuttgart vorgelegt und von insgesamt mehr als 10.000 Versammlungsteilnehmern unterschrieben.

An einzelnen Tagen zwischen den zuletzt genannten Arbeiterversammlungen sprach Steiner auf Einladung der jeweiligen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vor den versammelten Belegschaften der Firmen Robert Bosch (24. April 1919), der Daimler-Werke in Stuttgart-Untertürkheim (25.04.19), der Delmonte-Kartonagefabrik (26. April 19) und am folgenden Tag vor Arbeitern der Esslinger Großbetriebe. Am 7. Mai 19 referierte Steiner vor den Arbeitersausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts über Fragen der „Begründung von Betriebsräten aus Sicht der Dreigliederungsidee“... und am Folgetag auf einer Betriebsräteversammlung über die „Bildung der vorbereitenden württembergischen Betriebsräteschaft“.

In all diesen Vorträgen knüpfte Steiner an marxistisch geprägte Vorstellungen der damaligen Betriebsräte samt sozialistischen Rätebestrebungen zur Umwandlung der bestehenden Wirtschaftsverfassung an. Von diesen aus konnte Steiner anfängliche Schnittmengen und sodann Erweiterungsmöglichkeiten zu seinen Ideen für eine assoziative Wirtschaftsverfassung entwickeln, gemäß der:

- (a) Der einzelne Arbeiter und Angestellte nicht mehr als Ware behandelt werden darf. Einen sogenannten Arbeitsmarkt, wie dies schon die damals vorherrschende Nationalökonomie für selbstverständlich erachtete, gibt es in einer assoziativen Wirtschaftsverfassung im Sinne von Steiner nicht mehr. Der bisherige Proletarier soll sich nicht mehr als Ware verkaufen müssen. Dessen diesbezüglich von Marx zu Recht beklagte Entfremdung sei auch nach Steiner zumindest in rechtlicher Hinsicht vollständig zu überwinden.
- (b) Dafür ist nach Steiner durch assoziative Produktions-, Dienstleistungs- und Handelszusammenschlüsse eine zunehmende Trennung von Arbeit und Einkommen um zu setzen;
- (c) Wofür den Assoziationen eine ausreichende Finanzierungs- und Wertschöpfungsgrundlage für den Unterhalt und die Einkommenssicherung ihrer Mitglieder gemäß Ziffer (b) auch dadurch gegeben werden soll, indem nur noch ihnen ein Erbrecht am Produktiv- und Grundvermögen verbleiben soll^{xxii};
- (d) Wobei ein Wesensmerkmal jeder Assoziation deren arbeitsleiterische Eigenverantwortung sein sollte. Das konnte durchaus durch den bisherigen Unternehmer, dieser aber verwandelt zu einem „Arbeitsleiter“, geschehen. Jedenfalls komme es laut Steiner auf die Einzelinitiative des jeweiligen Arbeits- und Prozessleiters besonders an. Daneben sollten Betriebsräte Mitgestalter der jeweiligen Betriebs- und Unternehmensentwicklung sein. Also nicht nur Kontrolleure, wie dies in den Regierungsentwürfen für ein neues Betriebsratsgesetz noch in 1919 vorgesehen war.

All die zuletzt skizzierten Gestaltungsideen sollten dem übergeordneten Ziel dienen, die bisherige TAUSCHGESELLSCHAFT in eine, wie Steiner es nannte, GEMEINGESELLSCHAFT zu verwandeln. Mit gemein wollte Steiner nach seinen Worten vor allem „von einem Gemeinschaftswillen getragen „sagen. Diese Zielbeschreibung entspricht auch dem Französischen Revolutionsvermächtnis einschließlich dessen Versprechen von konkreter Gesellschafts-Solidarität. Letztere könne jedoch, darauf wies Steiner eindringlich hin, nicht in einer einseitigen Sozialisierung umgesetzt werden. Durch eine solche würde nur „die bisherige Zwangsherrschaft des Kapitals ...durch eine jede freie menschliche Entfaltung hemmende Bürokratie ersetzt werden...was zur Entmenschung des Menschen ...beitragen würde“. Deshalb sei es notwendig, erneut den Weg zu den Vorkämpfern für ein freies deutsches Geistesleben im deutschen Idealismus zu finden. Nur so könne zugleich die „soziale Interessenlosigkeit breiter Bevölkerungsschichten und die politische Willensschwäche auch eines großen Teils der deutschen Führungselite überwunden werden „^{xxii}

Dem obigen Erfordernis entsprechend versuchte Steiner die Wirksamkeit seiner Arbeiter- und Betriebsräte-vorträge durch einen mit 150 Unterschriften versehenen „Aufruf zur Begründung eines Kulturrates „zu verstärken. Dieser wurde zu Pfingsten 1919 veröffentlicht. In ihm ging es in erster Linie um die Befreiung der Unterrichtstätigkeit von jedweder staatlichen Aufsicht. Der Aufruf wurde in zahlreichen Hochschulen und anderen Institutionen des kulturellen Lebens verteilt. Für ihn fand sich in den Folgemonaten jedoch - ganz im

Gegensatz zu der großen Dreigliederungs - Zustimmung vorgenannter Betriebsräte - nur eine vergleichsweise bescheidene Lobby.^{xxii}

Die bis hier beschriebene Dreigliederungsbewegung war bis Juni 1919 für den kulturellen wie auch den allgemeinpolitischen Bereich wenig energisch aufgetreten. Umso zielstrebig agierte sie jedoch für eine die Menschenrechte stärkende Sozialisierung des wirtschaftlichen Bereichs. Das fand großen Anklang bei immer mehr Arbeitern und Angestellten. Kaum jedoch bei den diese vertreten sollenden und angeblich auch wollenden Parteien und Gewerkschaftsfunktionären. Auch nicht in den sogenannten bürgerlichen Kreisen und schon gar nicht bei dem auf seine Besitzstandswahrung bedachten, einflussreichen Unternehmertum. Im Gegenteil: Der „Bund württembergischer Industrieller „versuchte bereits seit dem 31.Mai 1919 die Dreigliederungsbewegung ein zu dämmen. Der Bund veranlasste über einen internen Brief der „Vereinigung württembergischer Arbeitgeberverbände“ an deren Unterverbände, dass letztere ihre Mitglieder anweisen mögen, von sofort an von der Dreigliederungsbewegung unterstützte Betriebsratsmitgliedwahlen zu unterbinden. In dem Schreiben wird ferner behauptet, die Dreigliederungsbewegung hätte mit den Kommunisten enge Beziehungen angeknüpft. Das laufe auf eine „Literatenherrschaft“ Steiners nach „Münchener Muster (der Bayerischen Räterepublik also)“ hinaus.^{xxii}

Einer in seiner strikten Ablehnung vergleichbaren Oppositionshaltung begegnete die Dreigliederungsbewegung auch beim polaren Gegenpol zu den Arbeitgeberverbänden, nämlich der KPD. So erhob das der KPD nahestehende Blatt „Der Spartakist „am 3.Juni 1919 den Vorwurf, bei der Dreigliederung handle es sich um eine bürgerliche Ideologie: „Arbeiter merkt ihr nicht, das der Weg dieses neuen Propheten (nämlich Steiner) eine Sackgasse ist? Er will den Klassenkampf nicht ...“ Der führende württembergische Kommunist Edwin Hoernle warf dem „politischen Quaksalber“ Steiner ein „Verwässern des Marxismus“ vor, weil er die politisch-ökonomische Bewegung nach Marx „zu einer umfassenden Kulturbewegung ausbauen wolle“.^{xxii} Derartige Anwürfe allein bedeuteten noch keine existenzielle Gefährdung der Dreigliederungsbewegung. Als wirklich gefährlich erwies sich für sie jedoch die alsbald offene Gegnerschaft seitens der württembergischen USPD .Am 5. Juni verlautbarte deren Parteiführung im Stuttgarter Gewerkschaftshaus :Die Lehren Steiners versprechen ein Himmelreich, täuschten aber den Arbeiter über seine Klassenlage hinweg und könnten ihn nicht von Ausbeutung und Lohnsklaverei befreien – Marxismus im Sinne der Partei sei das nicht .Man beschloss ,die der Dreigliederungsbewegung angehörenden USPD Mitglieder vor die Alternative zu stellen, sich entweder für die Dreigliederung oder die Partei zu entscheiden. Dazu muss man wissen, dass die meisten Dreigliederungsmitglieder zugleich der USPD angehörten. Ferner gehört zu einer realistischen Lagebewertung auch die Berücksichtigung der Tatsache, dass auch die Funktionärssebene von SPD sowie Gewerkschaften in Württemberg eine weitere Zusammenarbeit mit der Dreigliederungsbewegung abzulehnen begann. Nach anfänglicher Zurückhaltung bildete sich demnach eine geschlossene Abwehrfront der regionalen, sozialistischen Funktionärselite. Diese Tendenz schloss sich auch die überregionale (bürgerliche) Presse wie z.B. die Süddeutsche Zeitung an, die bereits am 21.Mai 1919 eine ausführliche Kritik der Dreigliederungsbewegung, ohne jedwede inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser, druckte.

Zu obiger Abwehrfront gegen die Betriebsräteaktivitäten gesellten sich die wenig vielversprechenden Erfahrungen der Kulturratsbewegung insbesondere im Hochschul- und Universitätsbereich. Symptomatisch dafür können Erfahrungen Steiners während und nach seinem Vortrag am 2.Juni 1919 zum Dreigliederungsthema an der Tübinger Universität gelten. Die bis auf den letzten Platz ausgebuchte Veranstaltung hätte fast wegen antisemitischer

Störaktionen reaktionärer Studentengruppen abgebrochen werden müssen. Auf Antrag einiger der anwesenden Professoren wurde am Folgetag eine Nachschau-Versammlung einberufen, um sich über Steiner klar zu werden. Aber auch diese verlief nach dem Urteil von studentischen Dreigliederungs-Sympathisanten so unsachlich, dass diese unter Protest den Saal verließen und dabei nur knapp einer Schlägerei entkamen. Auch daraus folgerte z.B. der Dreigliederungs-Unterstützer Ernst Troeltsch, „das von allen Bevölkerungskreisen das Akademikertum jeden Alters und jeden Ranges für neue soziale Gedanken am aller wenigsten Verständnis aufzubringen vermochte „.^{xxii}

Nach seinen Erfahrungen aus der sozialistischen Funktionärs-Abwehrfront, den Gegenaktionen der Unternehmensverbände und der stagnierenden Kulturratsbewegung schlug die bisherige Aufbruchsstimmung Steiners ab Mitte Juni 1919 in tiefen Pessimismus um. Er sagte :Mit den Führern insbesondere der sozialistischen Parteien kann man gar nichts machen ;man hätte müssen rascher und fortgesetzt die Massen gewinnen, bevor die Führer eingriffen, dann wären unsere Arbeiter des (Dreigliederungs-) Ausschusses auch weiter mit gegangen, aber jetzt haben sie doch viel zu viel Angst vor ihren Führern...“ .Auch der Unternehmer und Dreigliederungsunterstützer A.Karl Stockmeyer gelangte am 18.Juni 1919 bei seinem Besuch in Stuttgart nicht zuletzt nach diesem Resumee`Steiners zu dem Urteil ,das die Dreigliederungsbewegung gescheitert sei.“Die Vorurteile der Menschen hatten gesiegt“.^{xxii}

1.4. Nach Höllenfahrten aufstehende Menschenwürde

Das endgültige Scheitern der Dreigliederungsbewegung im Herbst 1919 kann nach der oberflächlichen Sichtweise vieler Historiker als Ereignis von nur regionaler Bedeutung abgetan und schon deshalb als für die weitere Entwicklung der Weimarer Republik unbedeutend übersehen werden. Beim Versuch einer finalen Betrachtung dieses Ereignisses und dessen Ausstrahlung auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung Deutschlands kann man allerdings zu entgegengesetzten Wertungen kommen, nämlich zu der eines regionalen Brennpunkt- Menetekels, das letztlich einen Abstieg Gesamt-Deutschlands in Richtung auf dessen 14 Jahre später beginnende Höllenfahrt einläutet. Ein reichsweites Indiz dafür zeigte sich bereits am 13. Januar 1920. An diesem Tag wurde ein am selben Tag im Reichstag beratenes Betriebsrätegesetz (BRG) verabschiedet, das keinesfalls den Forderungen der (ehemaligen) Dreigliederungs- und damaligen Betriebsrätebewegungen entsprach. Dagegen richteten sich heftige Proteste bisheriger Betriebsrats- wie auch sozialistischer Parteimitglieder. Gegen die Protestanten ging die Sicherheitspolizei vor dem Reichstag mit unverhältnismäßiger Brutalität vor. Dadurch kam es unter den Demonstranten zu 62 Toten und über 100 zum Teil schwer Verletzten. Politisch waren hierfür Vertreter der SPD verantwortlich, die von vielen der davon Betroffenen als „Erfüllungsgehilfen der kapitalistischen und junkerlichen Reaktion“ kritisiert wurden. Für viele Anhänger von USPD aber auch SPD, die sich von der SPD entschiedenere Maßnahmen in sozialistischerer Richtungen erwartet hatten, bildeten diese Ereignisse einen weiteren Grund, sich von der sozialdemokratisch geführten Regierung und letztlich auch vom parlamentarischen System

ab zu wenden. Manche von ihnen skandierten spätestens von da an die Schlagworte „wer hat euch verraten – Sozialdemokraten „.^{xxii}

Dass die SPD nicht energischer für die Sozialisierung eingetreten, sondern im Gegenteil die derartigen fordernden Arbeiter niederschließen ließ, musste sie alsbald teuer bezahlen. Zunächst verlor sie die Unterstützung eines wesentlichen Teils der eigenen Basis, was sich schon in den Wahlen vom Juni 1920 für den Reichstag manifestieren sollte. Dort ging ihr Stimmenanteil von 40,2 % (Januarwahl zur Nationalversammlung) auf 25,5 % zurück, wohingegen die USPD ihren Anteil von bisher 7,5 % auf 16,7% verbessern konnte. Überlagert wurde all dies durch einen stetig an Schärfe zunehmenden, verbalen Grabenkrieg zwischen verschiedenen Gruppen der Arbeiterbewegung. Nicht nur zwischen SPD und USPD, sondern auch zwischen USPD, Spartakus und KPD entbrannten heftige Auseinandersetzungen. Diese ständige Selbstzerfleischung der Arbeiterbewegungen erlaubte es konservativen Unternehmerkreisen immer mehr, nach und nach die sozialen Bewegungen in Deutschland und darüber hinaus auch in Mitteleuropa lahmzulegen.^{xxii}

Die Restauration des Kapitalismus wurde neben der im Vorabschnitt geschilderten Funktionärsignoranz entscheidend durch die zuletzt angedeutete Zerstrittenheit aller sozialistischen Parteien gefördert. Sie wurde aber auch zunehmend von einer seit dem „Schandvertrag von Versailles“ ab Sommer 1919 anwachsenden, nationalistischen Strömung in Deutschland mitgetragen. Dies wiederum fand Rückhalt in beträchtlichen Teilen der Angestelltenschaft, des Kleinbürgertums wie auch in akademischen Kreisen. So kam es, dass die reformfreudige Aufbruchstimmung des Jahres 1919 schon ab 1920 in Resignation und mehr und mehr auch in eine Hass-Atmosphäre umschlug.^{xxii} Mit ursächlich für den jedweden politischen Diskurs in der Weimarer Republik bestimmenden Hass wurde offensichtlich die so genannte „Dolchstoßlegende“, deren vergiftende Wirkung unter anderem durch G.Krumeich beschrieben wird. Dazu zitiert er Hannah Arendt als soziologisch dafür kompetente Beobachterin: „In diesen Nachkriegsjahren wuchs (der Hass) zu einem entscheidenden politischen Faktor in allen öffentlichen Angelegenheiten heran. Die Atmosphäre des öffentlichen Lebens der zwanziger Jahre schien geladen mit der schwülen und unheilvollen, diffusen Irrationalität einer Strindbergsche Familientragödie. Der Hass konnte sich auf niemand und nichts konzentrieren ...So drang er in alle Poren des täglichen Lebens und konnte sich nach allen Richtungen verbreiten, konnte die phantastischsten, unvorhersehbarsten Formen annehmen ; nichts blieb vor ihm geschützt ,und es gab keine Sache in der Welt, bei der man sicher sein konnte ,dass der Hass sich nicht plötzlich gerade auf sie konzentrieren würde „.^{xxii}

Die hassgeprägte Stimmung und die diese mitbefeuernde Dolchstoß-Legende wurde von der anfangs noch um Anerkennung ringenden NSDAP systematisch für eigene Parteivorteile in Richtung auf die von ihr angestrebte Destabilisierung der Weimarer Republik instrumentalisiert. Dadurch gelang es dieser auch bei den weniger informierten Bevölkerungskreisen die Lüge rechtsgerichteter Politiker- und Offizierskreise zu verbreiten, wonach die deutsche Niederlage in 1918 nicht der Materialüberlegenheit der siegreichen Westmächte geschuldet sei. Sondern das diese von der SPD und deren Sympathisanten ab Sommer 1918 über eine Art streikorganisierter Wehrkraftersetzung verursacht wurde. Die Armee, so behaupteten diese Kreise,“blieb im Felde unbesiegt“. Gemeuchelt worden sei die Schlagkraft der Wehrmacht durch sozialistische Agitationen bis zu den Matrosenaufständen an der Heimatfront. Heute würde man so etwas neudeutsch schlicht einen „fake-news“-Wahlkampf nennen.

Die Fake –News getriebenen NSDAP- Attacken bewirkten bei der die Weimarer Republik prägenden Gemengelage aus undemokratischer Obrigkeitshörigkeit und sozialisierungsunfähiger SPD eine weitere Instabilität derselben. Keinesfalls jedoch geriet diese schon in ihrem ersten Jahrzehnt in für sie existentielle Gefährdungen. Vielmehr begannen solche erst im Jahre 1929 durch die von den USA ausgehende Weltwirtschaftskrise. Bis dahin, auch noch 1928, verloren sogar die demokratiefeindlichen Parteien an parlamentarischem Einfluss. So erreichte die NSDAP in der Reichstagswahl 1928 gerade mal 2,6 % aller Wählerstimmen und lag damit noch hinter den Ergebnissen der unbedeutenden BVP (3,7 %) und DDP (4,9 %). Dagegen blieb die SPD mit 29,8 % bei allerdings geringerer Wahlbeteiligung als in 1924 unangefochten stärkste Partei noch weit vor der DNVP (14,3 %) und dem Zentrum (12,1 %) .^{xxii}

Dann allerdings überschlugen sich geradezu von außen einwirkende wie auch innenpolitisch bedingte Zerstörungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Ausgangskatastrophe bildete der Zusammenbruch der New Yorker Börse am 24.Oktober 1929 und die damit beginnende Weltwirtschaftskrise. Kurz davor war am 3.Oktober 1929 der über Deutschland hinaus anerkannte Außenminister und DVP-Chef Gustav Stresemann verstorben. Mit dessen Tod setzte sich in der DVP ein von der Industrie unterstützter, rechter Flügel der Partei durch, der von da an offen gegen die SPD und die Republik mit Unterstützung der rechtsextremen Hetzkampagnen der Hugenberg-Presse arbeitete. Diesen Strömungen gelang es, mit verdeckter Unterstützung durch Reichpräsident Hindenburg den Rücktritt von SPD-Reichskanzler Müller am 27.März 1930 herbeizuführen. Drei Tage danach ernannte Hindenburg ohne die ansonsten üblichen Koalitionsverhandlungen Heinrich Brüning zu dessen Nachfolger als Reichskanzler. Letzterer teilte sogleich in seiner Regierungserklärung am 01.April 1930 mit, dass „sein Kabinett an keine Koalition gebunden sei „. Von da an wurde offenkundig, dass der neue Reichskanzler zusammen mit Hindenburg über Notverordnungen nach Artikel 48 WV am Parlament vorbei durchzuregieren plante. Mit diesem Komplott und den dadurch alsbald in Szene gesetzten Verfassungsbrüchen^{xxii} begann für die Weimarer Republik deren Sterbeglöckchen, wenngleich zunächst nur als Rechtsstaat, zu läuten.

Bis zum endgültigen Tod der Republik sollte es in Folge der desaströsen „Deflationspolitik“ des neubestellten Reichskanzlers Brüning auch nicht mehr lange dauern. Das Zerstörerische der brüningschen „Deflationspolitik“ lag darin begründet, das mit dieser der Kreislauf aus extremem Nachfrageeinbruch mit daraus folgender Arbeitslosigkeit zu einem immer tieferen Wirtschaftseinbruch beschleunigt wurde. Der zusammenbrechenden Nachfrage wurde so zu sagen prozyklisch hinterher gespart. Dies alles geschah anstelle einer beherzten antizyklischen Nachfragestärkung. Für eine nur durch diese mögliche Beschäftigungsausweitung samt Arbeitslosigkeitsminderung setzten sich im Deutschland von 1929 tragischer weise nur Außenseiter ein. Die in Deutschland herrschende Meinung jedoch bestimmten Vertreter der so genannten „Liquidationsthese“. Nach dieser sind Arbeitslose notwendige Kollateralschäden eines gesamtwirtschaftlichen Reinigungsprozesses. Arbeitnehmer erhielten im Bewusstsein dieser Ökonomen den Status einer im Preis solange herab zu stufenden Ware, bis ein Marktgleichgewicht erreicht sei. So die Kernthesen einer kruden und menschenverachtenden Volkswirtschaftslehre, die sich nicht nur damals euphemistisch als „liberal“ bezeichnete. Mit der Weltwirtschaftskrise erlebte diese Theorie weltweit ihr Waterloo. Leider konnte letztere erst sechs Jahre später über den berühmten angelsächsischen Ökonomen J.M. Keynes, zumindest was die Bewältigung solcher Konjunkturerbrüche betrifft, mit zugleich internationaler Breitenwirkung überwunden werden. Mit dessen 1936 veröffentlichten „General Theorie“ erhielt eine konjunktursteuernde „Fiskalpolitik“ erstmalig die ihr gebührende Anerkennung^{xxii}

Deutschland jedoch verfügte 1930 über keinen mit der Politik eng vernetzten Wirtschaftswissenschaftler, der in der Liga eines Keynes zu spielen vermochte. Die den volkswirtschaftlichen Main-Stream in Deutschland anführenden Joseph Schumpeter und Friedrich August von Hayek empfahlen Brüning damals dessen gar nicht scharf genug zu kritisierende Deflationspolitik. Insbesondere Hayek darf zynisch formuliert für sich in Anspruch nehmen, als besonders wirkungsmächtiger Zerstörer der Weimarer Republik mitgewirkt zu haben. Folgte Hayek doch schon damals seinen mehr plutokratischen als demokratischen Idealen^{xxii}. Dessen auch für seine Unterstützer nicht mehr abstreitbares Fiasko reichte aber keinesfalls für eine Beendigung seiner Wissenschaftskarriere aus. Vielmehr sollte er nach dem 2. Weltkrieg seiner plutokratischen Sicht einer marktfundamentalen Kapitalherrschaft mit Gründung der Mont Pèlerin Society (MPS) in den USA sogar noch internationale Breitenwirkung verleihen können. Er wurde mit Unterstützung großer US-Konzerne und nicht zuletzt der schwedischen Reichsbank neben Milton Friedman zum maßgeblichen Nestor für den Keynes ab Mitte der 80 er Jahre immer mehr überlagernden, angelsächsischen „Neoliberalismus“.

Die Folgen der sozialdemokratischen Handlungsunfähigkeit (bis zum Frühjahr 2030) und der darauffolgenden, liberal- konservativen Wirtschaftsknebelung waren fatal. Bereits im Winter 1929/30 gab es bereits mehr als 3 Mio. Arbeitslose. Im Durchschnitt des Jahres 1932 wurden daraus 5,6 Mio. registrierte Arbeitslose. Ende Februar 1932 lag die Zahl der „sichtbaren“ Arbeitslosen bei 6,1 Mio. Die der „unsichtbaren“ Arbeitsuchenden dürfte nach seriösen Schätzungen bei 1,5 Mio. gelegen haben. Zusammen gerechnet sind das rund 40 % aller Arbeitsbereiten - ein Fiasko, das sich in den 1932 stattfindenden Reichstagswahlen mit exorbitante Stimmengewinnen für die NSDAP auf 37,4 % niederschlug. SPD, Zentrum, DVP und DNVP erlitten jeweils schmerzhaftes Stimmeneinbußen. Nur die KPD konnte insbesondere seitens der verzweifelten Arbeitslosen beachtliche Stimmenzuwächse auf zuletzt 16,9 % (1928 noch 10,6 %) verbuchen. Damit hatten die beiden offen demokratiefeindlichen Parteien die absolute Mehrheit errungen. Angesichts der von Anfang an demokratiskeptischen Haltung von Reichspräsident Hindenburg stand der von Hitler seit über 10 Jahren konsequent verfolgte „Machtübernahme“ über die Ermächtigungsgesetze in 1933 nicht mehr viel entgegen.

So gelangte 14 Jahre nach der insbesondere an Funktionärsegoismen gescheiterten Dreigliederungsbewegung dessen genaues Gegenbild in Vollzug. Anstelle demokratischer Selbstbestimmung herrschte nunmehr Hitlers Führerprinzip. Bürger- und Menschenrechte wurden faktisch abgeschafft. Jedwede Gewaltenteilung wurde aufgehoben. Der „Führer“ durfte nach Gusto vertikal durchregieren. Im Kontrast zur DREIGLIEDERUNG also:

REVOLUTIONSVERMÄCHTNIS

mit DREIGLIEDERUNG

NS- Wertevernichtung

FREIHEIT : Freies Geistesleben

Bücherverbrennung,
Künstlerdiskreditierung
und Malverbote

GLEICHHEIT: Demokratischer Rechtsstaat

Führerkult und Willkürherrschaft

GESELLSCHAFTS-

SOLIDARITÄT Assoziatives Wirtschaftsleben

Kapitalistischer Militärkomplex

Was Hitler mit seiner obigen Willkürherrschaft bemerkenswert schnell erreichte, war ein in der deutschen Gesellschaft bis dahin nicht vorstellbarer Kulturzusammenbruch. Dieser mündete spätestens ab 1939 in eine sowohl Deutschland als auch Mittel- und teilweise Osteuropa in den Abgrund reißende Höllenfahrt. Deren apokalyptische Verbrechensauswüchse lassen sich oftmals nicht mit Worten beschreiben. Allein Filme wie Spielbergs „Schindlers Liste“ können ansatzweise einen Eindruck von den insbesondere durch die deutschen SS-Horden verübten Gräueltaten vermitteln. Nach seiner die Opfer des ersten Weltkriegs weit übertreffenden Niederwerfung war ein Überleben des deutschen Volkes dadurch alles andere als sicher. Jedenfalls konnte dieses kaum tiefer als 1945 geschehen aus der Gemeinschaft zivilisierter Völker herausfallen.

Die Deutschen im sowjetisch besetzten Teil ihres Landes verblieben bekanntlich nach 1945 in einem von der NS-Diktatur zwar befreiten, aber immer noch diktatorisch geprägten Beherrschungssystem. Die Handlanger dieser neuen Diktatur waren sämtlich ehemalige KPD-Funktionäre, die die neben Hitler auch durch Stalin ausgelösten Höllenfahrten mit sowjetischen Todesopfern in zweistelliger Millionenhöhe vor allem in Moskau überlebten. Diese mit den Besatzern vernetzten Funktinar-skliquen etablierten sich über die von ihnen aufgebaute Stasi-Volksunterdrückung als sowjetische Statthalter mit pseudosozialistischer Volkskammer-Verkleidung.

Anders hingegen erging es den vom unverdienten Glück westlicher Aufbauhilfen begünstigten Westdeutschen, die sich ab 1949 über das in diesem Jahr in Kraft getretene Grundgesetz neu konstituieren durften. Diese „provisorische Verfassung“^{xxii} erwies und bewährte sich bis heute als herausragende Weiterentwicklungsgrundlage für die deutsche Gesellschaft. Dazu trug und trägt bis heute nicht nur die überwiegend gelungene Gesamtkomposition des Gesetzes bei. Vielmehr ist besonders wirksam auch und gerade der die Gesamtkomposition tragende Aufbau. In diesem finden wir eine sehr viel ausdifferenzierte Umsetzung des Französischen Revolutionsvermächtnis als in der Weimarer Reichsverfassung (WRV). Vergleichbar mit der WRV sind die im Gegensatz zu dieser an den Anfang des Grundgesetzes gestellten Grundrechte. Wesentlich über die WRV in Richtung des Revolutionsvermächtnis hinaus wirkt jedoch der Artikel 1 (Schutz der Menschenwürde) in Verbindung mit dem „Sozialstaatsprinzip“^{xxii}.

Die Menschenwürde steht dafür im Grundgesetz nicht nur an prominentester Stelle. Vielmehr wird sie als den Staat verpflichtendes Handlungsprinzip allen weiteren Grundrechten wie eine diese zusammenhaltende Essenz vorangestellt. Das geschieht im Vergleich zu den übrigen Artikeln mit außergewöhnlich wirkungsmächtigen Wortverbindungen. Die Sätze: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt „sind nicht nur intellektuell überzeugend, sondern darüber hinaus bemerkenswert gefühlswirksam. Es sind diese Sätze allein, die auch viele Nichtjuristen für die gesamte Verfassung begeistern; selbst dann, wenn die davon Berührten die restlichen Artikel gar nicht in ihrer Gesamtwirkung einzuschätzen vermögen. Die tiefgründige und exzellente Abfassung von Artikel 1 erzog so nicht wenige Deutsche zu Verfassungspatrioten .Nach einer mehr als zwölfjährigen Höllenfahrt konnten der parlamentarische Rat mit Verabschiedung des Grundgesetzes am 8.Mai 1949 die staatlich geschützte Auferstehung einer zwischenzeitlich untergegangenen Kulturnation einleiten helfen.^{xxii}

1.5. Neoliberale Solidaritätsverdrängung

Das Grundgesetz erleichterte dem westlichen Teil des untergegangenen Deutschen Reichs den schrittweisen Wiederaufbau einer auch im internationalen Vergleich leistungsfähigen Produktionsmittelausstattung. Das daraus erwachsende, sogenannte „Wirtschaftswunder „vermittelte den demoralisierten Westdeutschen einen anwachsenden Stolz auf das nach ihrem Höllensturz wirtschaftlich Erreichte und dadurch sogar ein kollektives Selbstbewusstsein. All diesem gab bis Mitte der 60 er Jahre der CDU - Wirtschaftsminister und Professor Ludwig Erhard ein in breiten Bevölkerungskreisen populäres Gesicht. Er nannte sein dafür postuliertes Konzept „Soziale Marktwirtschaft“. Dahinter verbirgt sich bei genauerer Betrachtung eine Mischung aus kontinental-europäischem Neoliberalismus^{xxii} mit einem Weiterbau des Bismarckschen Zwangsversicherungssystems ^{xxii} mit dem von Erhard geforderten „Volkskapitalismus „.^{xxii}

Mitte der 1960 er Jahre scheiterte dieser bis dahin erfolgreiche Ludwig Erhard am ersten konjunkturellen Einbruch in die bundesrepublikanische Wirtschaft. In seinem marktdominierten Erfahrungshorizont fehlten schlicht die zur Abwendung einer Rezession erforderlichen, instrumentellen Kenntnisse. Über diese verfügte jedoch der ihn ablösende Wirtschaftsprofessor Karl Schiller. Schiller setzte als bekennender Keynesianer dessen konjunkturpolitisches Instrumentarium des „deficit-spending“ mit Unterstützung der (wieder) mitregierenden SPD für die junge BRD erstmals erfolgreich ein. Von da an folgte auch ein Teil des wirtschaftspolitischen Main-Streams in Deutschland der keynesianischen Lehre. In meiner Studienzeit galt dies neben dem führenden VWL-Lehrbuchautor Erich Schneider für viele der bekannteren VWL-Lehrstuhlinhaber an deutschsprachigen Universitäten. Aber: Deren Adaption von Keynes verlief häufig zu oberflächlich, als dass eine sozial fortschrittliche Sozialwissenschaft eine breitere Anhängerschaft in der BRD gewinnen konnte. Vielmehr pflanzten sich die Übel der schon bis dahin überwiegend weltfremden, häufig als liberal

bezeichneten Wirtschaftswissenschaften mit deren egomanen „homo oeconomicus“ samt marktdogmatischer und völlig unterkomplexer Modellschreinerei ungebremst weiter fort. Wirtschaftsfakultäten als „Indoktrinationsschleuder“ für den Egoismus?

So sehr sich auch die Regierenden der BRD mit dem Etikett „Soziale Marktwirtschaft“ zu schmücken versuchten, so kläglich erscheinen diesbezüglich deren Substanzverbesserungen. Eher kann man gegenteilige Tendenzen feststellen. So geriet das Ziel einer freiheitlichen Gesellschafts-Solidarität insbesondere seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus immer mehr in Vergessenheit. Ein solches Vergessen wurde ironischerweise gerade durch die SPD seit deren Adaption von angelsächsisch- neoliberalen Einflüssen verstärkt. Dies geschah nicht zuletzt in Orientierung an New Labor.^{xxii} Nach deren Vorbild wurde 2005 von der SPD die AGENDA 2010 mit den stigmatisierenden HARTZ IV-Gesetzen beschlossen. Das an sich unterstützenswerte Ziel einer beschleunigten Anpassungsfähigkeit von Unternehmen an Beschäftigungsschwankungen wurde leider mit sehr kontraproduktiven Mitteln umgesetzt. Anstelle des hervorragend funktionierenden Vorbilds von Dänemark mit seinen staatlich finanzierten Sozialplänen für entlassene Arbeitnehmer aus insolvenz betroffenen Unternehmen bei ansonsten kurzen Kündigungsfristen wurden in der BRD Ersatzlösungen auf Kosten eigener Beschäftigungsstandards verfolgt. Die Ersatzlösungen betrafen Erweiterungen sogenannter „Leiharbeitsverhältnisse“ und zusätzliche Möglichkeiten für die Befristung von Dienstverträgen. Die eigentliche Fehlleistung von SPD und deren Bundeskanzler Gerhard Schröder lag jedoch in den die Arbeitslosen bevormundenden und diese sowie alle sozial Hilfsbedürftige diskreditierenden HARTZ IV-Gesetzen, mit denen die AGENDA flankiert wurde.^{xxii}

Mit ihrem sanktionsbewehrten Bevormunden armutsgefährdeter Bevölkerungsschichten entfernte sich die BRD nicht nur vom Dreiklang aus Freiheit (Selbstbestimmtheit), Gleichheit und Gesellschafts-Solidarität. Vielmehr verletzte sie ständig die durch Artikel 1 des Grundgesetzes garantierte Menschenwürde. Letzteres stellte im Oktober 2019 sogar das Bundesverfassungsgericht für jeden Bürger nachlesbar fest.^{xxii} Die höchstrichterlich bestätigten Solidaritätsverletzungen die das „Sozialstaatliche System“ der BRD offensichtlich konterkarieren lassen immer mehr Bürger an diesem zweifeln. Viele solcher Zweifler erkennen auch mit Blick auf die USA und die vom angelsächsischen Neoliberalismus geprägten Länder^{xxii} die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in Richtung auf das in diesem Kapitel behandelte Revolutionsvermächtnis. Besonders überfällig erscheint ein solcher Wechsel für die von extremer Ungleichheit, Plutokratie und sogar Bürgerkrieg bedrohte USA. Aber auch für die BRD wie die meisten EU-Staaten befeuern auseinanderdriftende Vermögens- und Einkommensverhältnisse bedrohliche Gesellschaftserosionen. Deren Gefahrenpotential zusammen mit den jüngsten Dürrekatastrophen, Meeresversauerungen, Plastikvermüllungen, Waldbränden und Überschwemmungen sowie der immer schwerer zu verdrängenden Klimaerwärmung verstärkt den Ruf nach einem (noch) rechtzeitigen Paradigmawechsel.

-
- ^{xxii} Zitiert aus J. Lepore, DIESE WAHRHEITEN, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, C.H.Beck 2019, Seite 139
- ^{xxii} Nach Artikel 1 werden: Die Menschen frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es... Artikel 2 lautet: "Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte ..." https://de.wikipedia.org/wiki/Erklärung_der_Menschen-_und_Bürgerrechte
- ^{xxii} Rousseau sieht in seinem Gesellschaftsvertrag eine „gegenseitige Verpflichtung“ vor, in der jeder freie Staatsbürger als „Mitgesellschafter“ jedem hilft und für diesen verantwortlich ist. Er versucht damit sowohl den rationalen als auch emotionalen Menschen in seinem Gesellschaftsentwurf zu berücksichtigen. Jean-J. Rousseau, GESELLSCHAFTSVERTRAG, Reclam-Verlag, Stuttgart 1986, Seite 18
- ^{xxii} Aristoteles. POLITIK. Übersetzung u. Hrsg.v. O.Gigon. München: dtv 1973
- ^{xxii} Zu den verschiedenen Typen individueller wie auch gemeinschaftsstiftender Solidarität siehe Kurt Bayertz, BEGRIFF UND PROBLEM DER SOLIDARITÄT, Seite 42 ff
- ^{xxii} Hans-Ulrich Thamer, DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION; C.H.Beck, München 2013, Seite 9
- ^{xxii} Siehe dazu Jonathan Israel: Die Französische Revolution - Ideen machen Politik. Originaltitel: An Intellectual History of the French Revolution from the Rights of Man to Robespierre. Oxford, Princeton 2014, Princeton University Press, Seite 572 ff).
- ^{xxii} Max Weber, ASKETISCHER MATERIALISMUS UND KAPITALISTISCHER GEIST, In ders.: Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik, hrsg. Von Johannes Winkelmann, Stuttgart 1973, Seite 370 ff
- ^{xxii} Max Weber, ASKETISCHER MATERIALISMUS UND KAPITALISTISCHER GEIST. a.a.O. Seite 375 f .
- ^{xxii} Zitat nach Wilhelm Treue u.a., Geschichte zu Quellen der industriellen Revolution, Göttingen 1966, Seite 163
- ^{xxii} Siehe dazu Michael Brie: Wie der Sozialismus praktisch wurde. Robert Owen - Reformers, Visionär, Experimentator, in: Philosophische Gespräche, Heft 40, hrsg.: Rosa Luxemburg-Stiftung 2016, Seite 9 ff
- ^{xxii} Siehe hierzu auch: Ruth Marther, The Peterloo Massacre, in: Romanticism, Power and Politics, published 15 May 2014
- ^{xxii} Vergleiche hierzu und zum Folgenden die von S. Landshut verfasste Einleitung für die zu K. Marx im Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1971 veröffentlichten „Frühschriften von 1837 bis zum kommunistischen Manifest“, Seite 26 ff
- ^{xxii} Siehe Einleitung von S. Landshut zu K.Marx, DIE FRÜHSCHRIFTEN VON 1837 BIS ZUM KOMMUNISTISCHEN MANIFEST, Stuttgart 1971, Seite 27 ff
- ^{xxii} <https://blogs.fu-berlin.de/menschenbilder/2017/12/19/karl-marx-und-die-entfremdung-des-menschen/>).
- ^{xxii} Siehe K.Marx, DAS KAPITAL, dritter Band, Berlin 1970, Dietz Verlag, Seite 221 ff
- ^{xxii} Paul Mason, Klare, lichte Zukunft, eine radikale Verteidigung des Humanismus, Berlin 2019, Suhrkamp Verlag, Seite 304
- ^{xxii} R.D. Precht, Eine Geschichte der Philosophie –Band drei, München 2019, Goldmann Verlag, Seite 187 und 247
- ^{xxii} Ferdinand Lassalle, ARBEITERPROGRAMM, in: Karl Renner (Hrsg.) Auswahl von Reden und Schriften, Sozialistische Klassiker, Berlin 1923, Seite 137 bis 189
- ^{xxii} <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bebel/1910/leben1/indeex.html>
- ^{xxii} August Bebel, Worte, Dietz Verlag, Berlin 1989, Seite 212 und Seite 243
- ^{xxii} <https://www.wsws.org/de/articles/2005/09dn23-s24.html>
- ^{xxii} Bei diesen Flügelführern handelte es keinesfalls um orthodoxe Marxisten. Vielmehr blieb z.B. Wilhelm Liebknecht (1826 -1900) trotz seiner Marxismus-Nähe Zeit seines Lebens – im Gegensatz zu seinem später ermordeten Sohn Karl Liebknecht–ein Demokratianhänger. Für ihn war Demokratie ohne Sozialismus keine Demokratie und Sozialismus ohne Demokratie kein wirklicher Sozialismus. Für die nicht nur Marx, sondern auch Goethe verehrende Rosa Luxemburg bedeutet echte Freiheit im Gegensatz zur reinen Machtorientierung Lenins stets auch die Freiheit der Anderen
- ^{xxii} Den diesbezüglichen Realitätsbezug der von Steiner so genannten „DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS“ erklärte er erstmals einem breiteren Kreis der anthroposophischen Gesellschaft in zwei seiner im Herbst 1918 gehaltenen Vortragszyklen. Überwiegend veröffentlicht in: R. Steiner, DIE SOZIALE GRUNDFORDERUNG UNSERER ZEIT, Dornach 2000, Rudolf Steiner Nachlassverwaltung

^{xxii} Inzwischen gibt es weltweit nach der von Steiner entwickelten Pädagogik 1.149 Waldorfschulen. Davon allein in Deutschland 245 Schulen. Daneben 564 Waldorf-Kindergärten (Stand 2018) allein in Deutschland

^{xxii}

^{xxii} Emil Molt, Entwurf meiner Lebensbeschreibung, Stuttgart 1972, zitiert aus: Walter Kugler, Zur Geschichte der Betriebsräte-Bewegung, Dreigliederung-GA 331, Betriebsräte und Sozialisierung

^{xxii} In diesem Aufruf verlautbarte Steiner unter anderem : Das DEUTSCHE REICH wurde 1871 „in den Weltzusammenhang hinein gestellt ohne wesenhafte, seinen Bestand rechtfertigende Zielsetzung ...Deutschland ..ist (aber) ,im Gegensatz zu anderen Volksorganisationen als erste darauf angewiesen ,seine Kraft durch die Dreigliederung des sozialen Organismus zu gewinnen ...“zitiert aus R.Steiner,Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915 – 1921,Dornach 1982,R.Steiner Verlag,Seite 429 ff

^{xxii} Emil Molt, Entwurf meiner Lebensbeschreibung, Stuttgart 1972, zitiert aus: Walter Kugler, Zur Geschichte der Betriebsräte-Bewegung, Dreigliederung-GA 331, Betriebsräte und Sozialisierung

^{xxii} Siehe dazu samt Quellenangaben zu den obigen Zitaten Steiners - Albert Schmelzer, DIE DREIGLIEDEUNGSBEWEGUNG 1919.Stuttgart 1991, Verlag Freies Geistesleben, Seite 71 ff

^{xxii} A.Schmelzer, DIE DREIGLIEDERUNGSBEWEGUNG 1919, a.a.O., Seite 180 ff

^{xxii} A.Schmelzer, Die Dreigliederungsbewegung 1919, a.a.O., Seite 207 f

^{xxii} Siehe dazu sowie zum Folgenden A.Schmelzer, Die Dreigliederungsbewegung 1919,a.a.O.,Seite 203 ff

^{xxii} A.Schmelzer,a.a.O.,Seite 231

^{xxii} A.Schmelzer,a.a.O. , Seite 213

^{xxii} Siehe dazu: https://www.arbeit-bewegung-geschichte.de/wp-content/uploads/2015/02/Weipert_Jahrbuch_2012_Heft2.pdf.Seite 16 ff

^{xxii} Wovor Rudolf Steiner bereits im Herbst 2019 gewarnt hatte, als er auf die Gefahr eines wiedererstarkenden Kapitalismus hinwies, A.Schmelzer,a.a.O., Seite 215

^{xxii} Entzündet wurde eine Aufbruchstimmung insbesondere von Weimar als einem der wesentlichen Quellorte deutscher Kultur aus -dies nicht zuletzt durch die in 1919 in Weimar über ein halbes Jahr verhandelnde Reichstagsversammlung, die zum Abschluss die Weimarer Verfassung führen sollte. Sodann über das im April 1919 in Weimar gegründete Bauhaus; daneben durch die von Steiner, der bis Ende des 19.Jahrhunderts mehrere Jahre von Weimar aus als Schriftsteller für den Goethe-Nachlass gewirkt hatte, initiierte Dreigliederungsbewegung

^{xxii} Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a.M. 1955, Seite 12; zitiert aus G. Krumeich,Die unbewältigte Niederlage,Freiburg 2018,Herder Verlag, Seite 223 ff

^{xxii} Gegenüber der Herbstwahl 1924 verlor die NSDAP damit sogar 2 Sitze. Die SPD konnte dagegen mit 22 Sitzen auf 153 Sitze von insgesamt 491 Reichstagsitzen überraschend zulegen).

^{xxii} Die gegen Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags umgesetzten Notverordnungen. bedeuteten eindeutige Verfassungsbrüche.

^{xxii} John M. Keynes, The general theory of employment,interest and money,....

^{xxii} Hayek immerhin gestand dies in den 70 er Jahren,also mehr als 40 Jahre später,als Fehler ein.Siehe Laurence H.White : Did Hayek and Robbins Deepen the Great Depression ?“ In: Credit and Banking,Heft 40,Seite 751 bis 761

^{xxii} Eine endgültige Verfassung sollte nach damaliger Planung erst nach vollzogener Wiedervereinigung von BRD und DDR konstituiert werden.

^{xxii} Die gesetzestechnische Grundlage für das Sozialstaatsprinzip bilden die Artikel 20 Abs.1 sowie die Artikel 14 und 15 GG. Das durch Artikel 1 in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip ein einklagbares Recht für jeden Bundesbürger auf eine soziale Mindestsicherung gegeben ist, bestätigte das Bundesverfassungsgericht auch mit seinem Urteil gegen viele HARTZ IV –Regelungen im Oktober 2019, siehe https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/ls20191105_1bvl000716.html). **Wird eine Mitwirkungspflicht zur Überwindung der eigenen Bedürftigkeit ohne wichtigen Grund nicht erfüllt und sanktioniert der Gesetzgeber das durch den vorübergehenden Entzug existenzsichernder Leistungen, schafft er eine außerordentliche Belastung. Dies unterliegt strengen Anforderungen der Verhältnismäßigkeit; der sonst weite Einschätzungsspielraum zur Eignung, Erforderlichkeit und Zumutbarkeit von Regelungen zur Ausgestaltung des Sozialstaates ist hier beschränkt.**

Auch: <https://www.tagesschau.de/inland/hartz-vier-urteil-101.html>

^{xxii} Der Parlamentarische Rat war von Juristen und Beamten dominiert. Ihm gehörten insgesamt 65 stimmberechtigte Mitglieder aus allen westlichen Besatzungszonen an. Viele von ihnen hatten in der Zeit des Nationalsozialismus unter Verfolgung, Berufsverbot oder Inhaftierung gelitten. Einige Abgeordnete hatten ins Ausland fliehen müssen. Fünf Abgeordnete waren in einem KZ interniert gewesen. Unter ihnen gab es zahlreiche Professoren; darunter ausgewiesene Verfassungsexperten wie den Leiter des Ausschusses für Grundsatzfragen, das SPD Mitglied Professor Carlo Schmid

^{xxii} Das Wort NEOLIBERALISMUS wurde erstmals 1938 von einer 28 Intellektuelle umfassenden und in Paris als Colloque Walter Lippmann tagenden Gruppe aus Anhängern verschiedener „neuliberaler“ Schulen verwendet. Dieser gehörten neben Lippmann unter anderem auch Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek an. Die meisten Colloquium-Teilnehmer versuchten als NEOLIBERALISMUS einen antikommunistischen und antikapitalistischen Dritten Weg zu konzipieren. In solchem Bemühen schrieb Rüstow damals an W.Röpke :“ Mises halte an den „alten Vorstellungen „ des Liberalismus fest, die er in Folge der Weltwirtschaftskrise für spektakulär gescheitert hielt „...dieses ewig gestrige frisst kein Hund mehr aus der Hand...Hayek und sein Meister Mises gehören in Spiritus gesetzt ins Museum als eines der letzten überlebenden Exemplare jener . . ausgestorbenen Gattung von Liberalen, die die gegenwärtige Katastrophe der Weltwirtschaftskrise heraufbeschworen haben „. Oliver Marc Hartwich. Neoliberalism ; The Genesis of a Political Swearword (<http://www.ort.edu.uy/facts/boletininternacionales/contenidos/68/neoliberalism68.pdf>)

^{xxii} Durch einen Sozialversicherungszwang für Arbeiter und Angestellte versuchte Bismarck der sozialistischen Bewegung den Nährboden zu entziehen. Dieses geschah durch gesetzliche Zwangsbeiträge jeweils zur Alters- und Invaliditätsversicherung (1889); Gesetzliche Rentenversicherung (1891) und Kranken- und Unfallversicherung (1883/84). Dieses ab den 50 er Jahren weiter ausgebaut System wurde später nicht nur von der CDU, sondern sogar von der SPD, als tragfähiger Beleg dafür verwendet, ihre Politik insgesamt als „sozialstaatlich“ zu bewerten

^{xxii} Sein nur aus Andeutungen bestehendes Konzept eines Volkskapitalismus läuft auf eine Mitbeteiligung von unselbständigen Mitarbeitern an größeren und /oder die sie jeweils beschäftigenden Unternehmen hinaus

^{xxii} Einen solchen Einfluss übte bereits Anfang dieses Jahrhunderts New Labor auf die über Schröder in die Regierungsverantwortung gekommenen SPD aus. New Labor aber war wiederum eine Gefangene des neoliberalen Thatcherismus. Deren Liberalismus unterschied sich grundlegend von dem „kontinentalen“ Neoliberalismus der 40 er Jahre im Sinne von Lippmann und Rüstow. Vielmehr entstammte der neoliberale Thatcherismus einer völlig neuartigen, angelsächsischen Variante des Neoliberalismus. Diese exekutierte Thatcher ausgerechnet nach den Ratschlägen des an der Weltwirtschaftskrise gescheiterten Hayek. Die Folge waren populistisch geschickt umgesetzte Privatisierungen, ein Groß-Britannien dominierender Markttradikalismus und eine weitreichend Deindustrialisierung Englands bei einem zugleich verschlankten Staat. Dieser Prozess hatte das politische Bewusstsein der englischen Gesellschaft so sehr geprägt, dass es die Labor Party gar nicht wagte, gegen den Thatcherismus eine gegenläufige wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik auf den Weg zu bringen

^{xxii} Peter Hartz kritisierte bereits 2007 das Gesetzespaket: „Herausgekommen ist ein System, mit dem die Arbeitslosen diszipliniert und bestraft werden „ in: Hartz P., Macht und Ohnmacht. Gespräch mit Inge Kloepfer, Hamburg 2007, Hoffmann & Campe

^{xxii} : **Die zentralen verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Ausgestaltung staatlicher Grundsicherungsleistungen ergeben sich aus der grundrechtlichen Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG). Gesichert werden muss einheitlich die physische und soziokulturelle Existenz. Die den Anspruch fundierende Menschenwürde steht allen zu und geht selbst durch vermeintlich „unwürdiges“ Verhalten nicht verloren., siehe: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/1s20191105_1bvl000716.html**

^{xxii} **Zum Sozialabbau: <http://www.demo-gegen-sozialabbau.de/der-sozialabbau> Zum Paradigmenwechsel: <https://www.linksnet.de/artikel/18205>**